

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

An die Mitglieder des Gesamt-Verbandes!

Der Ausfall der Reichstagswahlen vom 14. September d. J. hat durch das Anwachsen der nationalsozialistischen und kommunistischen Stimmen, neben einer Verschärfung der bereits vorhandenen wirtschaftlichen Krise, zu einer außerordentlichen Erschwerung der politischen Lage Deutschlands geführt. Die Wähler, die am 14. September für das „dritte Reich“ bzw. für ein „Sowjet-Deutschland“ gestimmt haben, müssen um so mehr enttäuscht sein, als die erste Antwort auf ihren Wahlerfolg eine starke Erschütterung des deutschen Kredits im Ausland, vermehrte Kapitalflucht und ein erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit ist. Erschwerend tritt hinzu der am 30. September 1930 veröffentlichte

Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung Brüning,

der eine Drosselung der öffentlichen Wirtschaft und für alle Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden eine Gehaltskürzung um 6 Proz. verlangt, der weiter für die Senkung der Arbeiterlöhne auch in der Privatwirtschaft eintritt und einen starken Abbau der sozialen und kulturellen Ausgaben des Reiches, den Abbau des Mieterschutzes und die Einschränkung des Wohnungsbaues vorsieht. Hält man dem gegenüber, daß gleichzeitig ein Steuererlaß von mehr als 400 Millionen Mark an den Besitz eintreten soll, so ergibt sich daraus, daß die Gewerkschaften diesem Regierungsprogramm, das weder zur Belebung der Wirtschaft noch zu einer zweckentsprechenden Sanierung der Reichsfinanzen führen kann, mit stärkster Kritik zu begegnen haben. Der Verbandsvorstand wird im engeren Einvernehmen mit den Vorständen der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu den Einzelheiten des Regierungsprogramms noch Stellung nehmen.

Am 3. Oktober hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingehend mit der durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffenen politischen Lage beschäftigt und folgenden Beschluß gefaßt, den wir seiner Bedeutung wegen nachstehend im Wortlaut zum Abdruck bringen:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht nach dem Ausgang der Reichstagswahlen in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus ihre erste Aufgabe.

Die Demokratie ist bedroht von allen sozialreaktionären Kreisen, die die Wirtschaftskrise zum Abbau der Sozialpolitik und zur Senkung der Löhne ausbeuten wollen.

Sie ist bedroht durch die faschistische Bewegung der Nationalsozialisten, die den Opfern der kapitalistischen Wirtschaftskrise nach der Zertrümmerung der Demokratie die sofortige Heilung aller Leiden und die Lösung aller sozialen Fragen vorgaukeln.

Sie ist bedroht durch die Kommunistische Partei, die selbst in dieser gegenrevolutionären Situation die Arbeiterklasse spaltet und den Kampf gegen Sozialreaktion und Faschismus erschwert.

Die Sozialdemokratie kämpft für die Demokratie, um die Sozialpolitik zu schützen und die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu heben. Die Krise kann nicht gelöst werden durch Verminderung der Kaufkraft der Massen, sondern nur durch Arbeitsbeschaffung. Ebenso unerlässlich ist der Kampf der Fraktion im neuen Reichstag zur Herbeiführung eines Notgesetzes über eine solche Herabsetzung der Arbeitszeit, die es ermöglicht, die Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen.

Die politische Unsicherheit birgt die Gefahr ernster politischer Verwicklungen in sich. Sie hat die Flucht des deutschen Kapitals gesteigert und hindert den Zustrom ausländischen Kapitals. Sie verschärft die Wirtschaftskrise. Nur die Sicherung einer streng verfassungsmäßigen Regierung ermöglicht die notwendige Arbeitsbeschaffung zur Milderung des wirtschaftlichen Niederganges.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird unter Wahrung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten.

Die Sozialdemokratie hält an den Grundsätzen der bisherigen Außenpolitik fest, die zur Befreiung des Rheinlandes und zur Herabsetzung der Reparationslasten geführt hat. Sie lehnt alle außen- und handelspolitischen Experimente ab, die die wirtschaftlichen Beziehungen stören und zu einer neuen akuten Verschärfung der Krise führen würden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, entschlossen, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft mit größter Energie zu verteidigen, wird auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen fordern und erwartet von allen Arbeiterorganisationen stärkste Aktivität für die schweren bevorstehenden Kämpfe und die Bereitschaft, ihren Kampf außerhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.“

In dieser Entschließung sind die Wege aufgezeigt, die aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage herausführen können: Die Sicherung der Republik und der Demokratie als Kampfboden für die Verteidigung der sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit und die weitere Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Im besonderen begrüßen wir in der Entschließung die entschiedene Zurückweisung der Lohnabbaubestrebungen und die Betonung der

Notwendigkeit sofortiger Arbeitsbeschaffung

sowie die Vorbereitung eines Notgesetzes, das durch

Verkürzung der Arbeitszeit

der Massenarbeitslosigkeit entgegenwirken soll. Der Appell der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, diese Forderungen auch außerhalb des Parlaments mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen, muß den lautesten Widerhall in den Reihen unserer Kollegenschaft finden. **Her zu uns!**

rufen wir allen uns noch Fernstehenden und Unorganisierten zu. Höchste Aktivität und Kampfbereitschaft ist das Gebot der Stunde! Darum jetzt erst recht: **Auf zur Werbearbeit für den Gesamt-Verband.**

Der Verbands-Vorstand.

Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung Brüning

I. Reichshaushalt.

(1.)

1930. Für das Haushaltsjahr 1930 muß mit einem Fehlbetrag von 750 bis 900 Millionen gerechnet werden. Hier von entfallen etwa 300 Millionen auf die kommenden Anforderungen der Fürsorge für die Arbeitslosen, etwa 450 bis 600 Millionen auf den Rückgang der Einnahmen infolge der weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Abdeckung dieses Fehlbetrages wird in den Haushalten der nächsten drei Jahre aus einem besonderen Fonds erfolgen. Durch ein sofort zu verabschiedendes Gesetz wird die Bildung dieses Fonds sichergestellt. Dadurch wird die Beschaffung eines Ueberbrückungskredits ermöglicht und Verzinsung und Rückzahlung gewährleistet.

1931. Durch die Gesamtheit der zu treffenden Maßnahmen wird die Ausgabenseite des Reichshaushalts gegenüber dem Jahre 1930 um rund 1 Milliarde gesenkt. Dadurch werden die Einnahmerückgänge, mit denen das Reich etwa in gleicher Höhe rechnen muß, aufgezwogen.

Der Ausgabenentzug dienen die folgenden Maßnahmen:

1. Gehaltskürzung. Die Gehaltsbezüge des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, sowie der Reichsminister und damit gleichzeitig die Diäten der Abgeordneten werden um 20 Proz., die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbefugnisse der Wartegeldempfänger und Ruhegeldempfänger um 6 Proz. gesenkt. Die Senkung erfolgt vom 1. April 1931 ab für die Dauer von drei Jahren. Mit dem gleichen Zeitpunkt fällt die Reichshilfe fort. Von der Kürzung ausgenommen sind die Kinderzulagen. Pensionen, deren Kürzungspflichtige Bezüge 1500 M. jährlich nicht übersteigen, sind von der Kürzung befreit. Durch die Senkung der Bezüge wird für das Reich eine Ersparnis von 120 Millionen Mark erzielt. Bei Reichsbahn und Reichsbank kommen entsprechende Kürzungen in Betracht. Die Reichsregierung hofft, daß die Beamtenchaft, die sich stets als Stütze des Staates bewährt hat, auch in dieser schweren Zeit willig dieses vorübergehende Opfer im Interesse der Allgemeinheit auf sich nehmen und dadurch die Maßnahmen unterstützen wird, die eine Senkung des gesamten Lohn- und Preisstandes in Deutschland zum Ziel haben.

2. Kürzungen der Ueberweisungen. Die Senkung der Beamtengehälter in gleichem Maße bei Ländern und Gemeinden gestattet eine Kürzung der Ueberweisungen um etwa 100 Millionen.

Durch den Rückgang der Einnahmen tritt voraussichtlich eine weitere Kürzung der Ueberweisungen für Länder und Gemeinden um rund 288 Millionen ein.

3. Arbeitslosenversicherung. Der Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung soll künftig ohne Inanspruchnahme des Reichshaushalts sichergestellt werden. Der Anteil des Reichs an dem Aufwand für die Krisenfürsorge wird im Haushalt auf 420 Millionen Mark begrenzt. So werden die Schwierigkeiten beseitigt, die bisher stets dadurch entstanden sind, daß die Befassung des Haushalts für die Zwecke der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht von vornherein bestimmt waren. Eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung wird vorbereitet.

4. Abstriche im Reichshaushalt. Die Ausgabenlast bei den Einzellets werden gegenüber dem Jahre 1930 um rund 300 Millionen vermindert. Die Abstriche sind bereits mit Zustimmung der beteiligten Reichsministerien durchgeführt. Wenn auch an einzelnen schmerzhaften Abstrichen selbst bei den sozialen und kulturellen Aufgaben nicht vorbeigegangen werden konnte, so liegt doch der Schwerpunkt der Einsparungen bei den reinen Verwaltungsausgaben. Die Beseitigung von Behörden wie des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete, der Reichsvermögensverwaltung, des Rheinlandkommissars, des Reichsausgleichsamts und der Vertretung des Reichs in Bayern, die erheblichen Kürzungen des Aufwands für andere Behörden, wie der Zentrale für Heimatdienst auf die Hälfte und des Statistischen Reichsamts um ein Viertel, geben Zeugnis von diesem Bestreben.

Der Ausgleich im Haushalt 1931 setzt voraus, daß Ledigensteuer und der 5 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer aufrechterhalten bleiben. Durch stärkere Befassung des Tabaks unter Schonung der deutschen Erzeugung soll ein Mehrbetrag an Zöllen und Steuern von 167 Millionen Mark gewonnen werden. Im übrigen werden neue Steuerbefragungen vermieden.

II. Länder und Gemeinden.

1. Gehaltskürzung. Die Bezüge der Beamten und Abgeordneten werden wie beim Reich gekürzt.

Soweit heute noch Länder, Gemeinden und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts günstiger Bezüge als das Reich gewähren, wird eine entsprechende Revision der Gehaltsregelung erfolgen.

2. Einheitliche Sparmaßnahmen. Um die Durchführung einheitlicher Spargrundzüge in Reich und Ländern zu sichern, sollen mit den Ländern Vereinbarungen über eine Mitwirkung des Reichs bei der Haushaltsaufstellung der Länder getroffen werden.

3. Verstärkte Haushaltskontrollen. Das Haushaltsrecht der Länder und Gemeinden soll den strengen Grundgesetzen des Reichs angepaßt werden, soweit dies bisher nicht geschehen ist.

Soweit die Gemeinden nicht bis zum 31. März 1931 eine von der Gemeindeverwaltung unabhängige Rechnungsprüfung eingeführt haben, wird eine solche Prüfung durch reichsgerichtliche Vorschriften geschaffen werden.

4. Sparsamere Rechtspflege. Ein Gesetzentwurf über Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege wird vorbereitet.

5. Verwaltungsvereinfachung. Die Bestrebungen auf eine Verminderung der lokalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den

Ländern unter Anpassung ihrer Bezirke an die modernen Verkehrsverhältnisse werden mit Nachdruck gemeinsam mit den Ländern betrieben werden.

III. Vereinfachung des Steuerwesens.

1. Vereinfachte Besteuerung der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat heute Einkommensteuer, Reichsvermögenssteuer und Grundvermögenssteuer zu zahlen. Die Reichsvermögenssteuer soll künftig für Vermögen bis zu 20 000 M. allgemein fortfallen. Dadurch wird ein nicht unerheblicher Teil der Landwirtschaft reichsvermögenssteuerfrei werden. Die Einkommensteuer, die die Landwirtschaft zahlt, schwankt schon seit Jahren zwischen 70 und 75 Millionen Mark. Die Veranlagungskosten sind außerordentlich hoch und stehen in keinem Verhältnis zum Aufkommen. Daher sollen künftig die Grundvermögenssteuer, die Reichsvermögenssteuer und die ersten 10 Proz. der Einkommensteuer (also für die ersten 8000 M. des Einkommens) durch die Einheitssteuer abgegolten sein. Zugrunde gelegt wird der Einheitswert im Sinne des Reichsbewertungsgesetzes, also ein Ertragswert. Dem Umstand, daß die Vermögensteuer künftig für kleine Vermögen (bis zu 20 000 M.) fortfallen soll, und daß kleinere Landwirte wegen der Familienermäßigungen usw. vielfach heute tatsächlich einkommensteuerfrei sind, wird durch eine gewisse Degression Rechnung getragen. Da bei der Einkommensteuer und Reichsvermögenssteuer Schulzinjen bzw. Schulden abgezogen werden, nicht dagegen bei der Grundvermögenssteuer, soll künftig bei der Einheitssteuer ein Teil der Schulden abgezogen werden können. Die Höhe der Steuer, die in Laufendstem des Einheitswertes erhoben wird, sollen, wie das bereits heute bei der Grundvermögenssteuer der Fall ist, die Länder und Gemeinden bestimmen, denen diese Steuer allein zufallen soll.

2. Vereinfachte Besteuerung der Kleingewerbetreibenden. In ähnlicher Weise wie bei der Landwirtschaft ist auch bei den Kleingewerbetreibenden eine Vereinfachung ihrer Steuern in Aussicht genommen. Die Grundlage muß hier naturgemäß der Gewerbeertrag bilden.

Durch die Maßnahmen zu 1 und 2 wird es gelingen, die Zahl der zur Einkommensteuer zu veranlagenden Steuerzahler auf 1 Million zu beschränken und dadurch die Verwaltung erheblich zu verbilligen.

3. Einheitsbewertung und Vermögenssteuer. Die Vermögenssteuerfreigrenze soll auf 20 000 M. erhöht werden. Dadurch wird sich die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen von 1 708 000 um 854 000, also um mehr als die Hälfte ermäßigen. Auch darin liegt für die Verwaltung eine bedeutende Ersparnis, die den zunächst rechnerisch eintretenden Ausfall (etwa 16 Millionen Mark) auf die Dauer erheblich übersteigen wird.

Für das landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Vermögen und für das Grundvermögen soll die Einheitsbewertung künftig nur in Zeitabständen von sechs Jahren vorgenommen werden. Das hat sich als erforderlich erwiesen, weil die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckenden Bewertungs- und Veranlagungsarbeiten innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren nicht mit der gebotenen Gründlichkeit vorgenommen werden können.

Für das landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Vermögen sowie für das Grundvermögen soll die Zustellung der Einheitswertbescheide durch die Offenlegung der Einheitswerte ersetzt werden. Dadurch werden an Stelle von 10,6 Millionen Einheitswertbescheiden künftig nur noch 1,6 Millionen Bescheide zustellen sein.

Die Neufeststellungen des Vermögens sollen unter Erleichterungen ihrer Voraussetzungen künftig nur noch auf den Schluß eines Jahres vorgenommen werden.

4. Umsatzsteuer. Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz von nicht mehr als 5000 M. sollen fortan der Umsatzsteuer nicht mehr unterliegen. Auch dies liegt im Sinne der oben angebotenen Tendenz, die Verwaltung von unlohnenden Arbeiten nach Möglichkeit zu befreien.

Das Zwischenhandelsprivileg des § 7 des Umsatzsteuergesetzes soll seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß auf den Großhandel beschränkt werden.

5. Das Steuervereinfachungsgesetz, und zwar das Grundsteuerermäßigungs-, das Gewerbesteuerermäßigungs- und das Steueranpassungsgesetz, sollen erneut vorgelegt werden, um die Vereinfachung der Besteuerungsgrundlagen und damit auch die Voraussetzungen für eine organische Regelung der Realsteuern bzw. eine Senkung der Realsteuern zu schaffen.

6. Das Steuerermäßigungs- und Vereinfachungsgesetz, soweit es steuerliche Erleichterungen für wirtschaftlich gebotene Betriebszusammenschlüsse betrifft, am 30. September 1930 ab. Eine allgemeine Verlängerung ist nicht in Aussicht genommen, weil es seine Aufgabe im wesentlichen erfüllt hat. Würde es in seiner jetzigen Gestalt weiter gelten, so würde, da es mehr auf größere als auf die mittleren und kleineren Betriebe zugeschnitten ist auch die Gefahr volkswirtschaftlich unerwünschter Transaktionen nicht ganz von der Hand zu weisen sein.

Zur Erleichterung und Verbilligung der deutschen Kreditversorgung und zur Verhinderung von Gründungen im Ausland schlägt die Reichsregierung jedoch auf Grund des Ermäßigungs- und Vereinfachungsgesetzes vom 9. Juni 1930 eine Senkung der Verkehrssteuer derart vor, daß der Satz der Gesellschaftssteuer allgemein 2 Proz., bei Vollfusionen, Umwandlungen und Sanierungen 1 Proz., die Grunderwerbsteuer bei Einbringung von Grundstücken in Betriebe 2 Proz. betragen und die Wertzuwachssteuer in solchen Fällen wegfallen soll. Die Wertpapiersteuer soll künftig, gleichviel ob es sich um Inlands- oder Auslandsanleihen handelt, einheitlich 1 Proz. betragen.

Städte in Not!

Der Deutsche Städtetag als Vertreter von 279 unmittelbaren und 913 mittelbaren Mitgliedern mit rund 32 Millionen Einwohnern beging seine 25. Jubiläumstagung am 26. September in Dresden. Ueber 1000 Delegierte — unter ihnen zahlreiche führende sozialdemokratische Kommunalpolitiker — aus dem ganzen Reich sind anwesend. Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald ließen sich schriftlich entschuldigen. Für die preußische Staatsregierung war Innenminister Genosse Dr. Waentig erschienen. Auch der Reichsbankpräsident Dr. Luther wohnte den Verhandlungen bei.

Der Städtetag tagt in einer Zeit der größten kommunalen Not. Die außerordentliche Zunahme der Wohlfahrts-erwerbslosen und die damit verbundenen rückläufigen Steuereingänge läßt die Not der Gemeinden steigen, die alle Anhänger der öffentlichen Wirtschaft und eines demokratischen Gemeinwesens mit größter Beforgnis erfüllen muß. Die Lasten, welche den Gemeinden durch die Reichs- und Landesgesetzgebung besonders auf sozialem Gebiet auferlegt worden sind, sind ins Unermeßliche gestiegen. Der gegenwärtige finanzielle Druck der Gemeinden ist ein Ausfluß des Erwerbslosenelends der kapitalistischen Krise. Alle Hilferufe der Gemeinden an die verantwortlichen Stellen der Reichsführung, ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Erwerbslosen zu helfen, wurden überhört.

Noch läßt die Wirtschaftskrise nicht erkennen, wann die ständig steigende Belastung der Gemeinden durch Aufwendung der ihnen übertragenen Aufgaben in der Wohlfahrtspflege ein Ende nimmt. Von Monat zu Monat steigt die Ziffer der Wohlfahrts-erwerbslosen. Die Haushaltspläne der Kommunen werden über den Haufen geworfen. Hier helfen keine papiernen Resolutionen, hier helfen keine theoretischen Erörterungen, sondern das Gebot der Stunde muß sein

Arbeitsbeschaffung und Verkürzung der Arbeitszeit auf der ganzen Linie.

„Arbeitslosenversicherung und Gemeindehaushalt“ war das Referat des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Cuppe. Er erging sich nicht in akademischen Abhandlungen, sondern hier sprach ein Mann der Praxis. Gewiß sind wir mit manchem, was Cuppe über die Arbeitslosenversicherung ausführte, nicht einverstanden. Einer Zurückführung der Erwerbslosenversicherung in die Erwerbslosenfürsorge werden die Gewerkschaften und die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Mit Recht forderte Cuppe aber, die Krisenfürsorge auf alle Berufe und für jede Zeitdauer unbeschränkt auszubehnen, solange die jetzige Wirtschaftskrise dauert. Das Reich muß hierfür die Mittel aufbringen oder Arbeit beschaffen. Die Abwälzung der Arbeitslosenlast auf die Gemeinden ist weder innerlich begründet noch finanziell möglich. Richtig ist weiter, wenn Cuppe verlangte, daß das Reich sofort das eine Fünftel der Krisenfürsorge zu übernehmen hat, mit dem die Gemeinden zurzeit ohne jeden inneren Grund belastet werden. Nur die Hälfte der Arbeitslosen erhält heute noch Unterstützung von der Versicherung, nämlich von 2,9 Millionen Arbeitslosen 1,5 Millionen. 440 000 unterstützt die Krisenunterstützung, 650 000 die gemeindliche Wohlfahrtspflege und der Rest fällt ganz aus. Wenn das Reich den Gemeinden diese gewaltigen Aufgaben zuweist, dann müssen auch die Mittel hierfür bereitgestellt werden. Die meisten Gemeinden können in allernächster Zeit selbst mit kurzfristigen Krediten ihre Zahlungsfähigkeit nicht mehr aufrechterhalten. Die für die Wohlfahrts-erwerbslosen in dem Etat vorgesehenen Beträge sind jetzt bereits verausgabt, obwohl zahlreiche Städte alle anderen Ausgaben rücksichtslos bis zur letzten Möglichkeit abgedrosselt haben.

Mit den Ausführungen des Ministerialdirektors Weigert, die Gemeinden hätten in der Vergangenheit Rücklagen machen müssen, ist niemanden geholfen. Er scheint nichts zu wissen von den Ungerechtigkeiten des Finanzausgleichs. Zuerst hat man die Städte in die jetzige Notlage gedrängt und hinterher erhebt man den Vorwurf der Unfähigkeit der Gemeindevorwaltungen. Der Regierungsvertreter behauptet, daß er den Eindruck habe, daß der Referent die tatsächlichen Verhältnisse nicht richtig geschildert habe. Ueberhaupt habe er den Eindruck, daß der Kampfplatz für diese Fragen nicht loyal gestellt worden sei; man hätte dem Reichsarbeitsministerium vorher von den Ausführungen des Herrn Cuppe Kenntnis geben sollen. Unter den gegebenen Verhältnissen könne er eine Erklärung der Regierung nicht abgeben.

Es blieb den beiden sozialdemokratischen Rednern, Oberbürgermeister Beims (Magdeburg) und dem Stadtverordneten-

vorsteher Haß (Berlin) in der Diskussion vorbehalten, in kurzer prägnanter Form die Forderungen des Tages auszuspoken. Der Genosse Beims setzte sich warm dafür ein, daß die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. Er führte weiter mit Recht aus, daß ein Zusammenbrechen der Finanzkraft der deutschen Städte auch die Existenz von Reich und Staat gefährden müssen. Die Sozialdemokratie, als Vertreterin der großen Massen der arbeitenden Bevölkerung, hat in engster Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften die deutsche Sozialpolitik geschaffen und weiterentwickelt. Der Genosse Haß erklärte, daß die Abdrosselung der Auslandskredite für die Gemeinden weitere Arbeitslosigkeit mit sich brächte und direkt als soziales Verbrechen betrachtet werden müsse. Die rigorose Bekämpfung der öffentlichen Betriebe wird auch für die Privatwirtschaft noch schwere Folgen haben. Die sozialdemokratischen Redner wiesen auf die Not der Jugend hin, die arbeiten will und nicht arbeiten kann. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß es notwendig ist, die Arbeiter mit 60 Jahren in den Genuß der Invalidenrente zu setzen. Eine Senkung der Preise zum Ausgleich in der Kaufkraft der Massen muß Hand in Hand gehen mit einer Verkürzung der Arbeitszeit. Die Politik der jetzigen Reichsregierung läuft auf eine Begünstigung der Besitzenden hinaus.

Anschließend an den Reichstädtetag fand dann der Preussische Städtetag statt, der als Ergänzung zum ersten Tage das Thema „Der kommunale Kredit“ behandelte. Dieses Referat, wurde von dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Altona, Genossen Brauer, gehalten und war der Höhepunkt der Tagung. Seine grundlegenden Ausführungen wirkten wie ein Alarmruf für alle verantwortlichen Stellen, endlich alles zu tun, um den drohenden Finanzzusammenbruch der Städte abzuwehren. 65 Proz. der deutschen Bevölkerung wohnen heute in der Stadt. So ist das Schicksal der deutschen Städte geradezu das Schicksal Deutschlands geworden. Genosse Brauer wies dann ziffernmäßig die Bedeutung der städtischen Unternehmungen als Arbeitgeberin und als Auftraggeberin an die deutsche Privatwirtschaft nach. Die städtischen Aufträge an die Privatwirtschaft beziffern sich auf rund 5 Milliarden Mark jährlich.

Alles das, was unsere Organisation auf dem Gebiete der Finanzierung der Gemeinden seit Jahren vergeblich gefordert hat, wurde auf dem Preussischen Städtetag aus berufenem Munde als richtig bestätigt. Die finanzielle Drosselung bringt nicht nur die Städte in die größte Notlage, sondern schafft immer mehr Arbeitslose. Die verhängnisvolle Rolle der Beratungsstelle für Auslandskredite wird nochmals festgestellt. An Stelle der Anleihen treten erhöhte Realsteuern und erhöhte Werkstarife, die zur Abdrosselung des Konsums führen. Wie einseitig die Einstellung der Beratungsstelle für Auslandskredite ist, beweist, daß in den Jahren 1925 bis 1929 54 Proz. aller kommunalen Anleihen abgelehnt wurden. Die Beratungsstelle erkennt die Auslandsanleihen der Gemeinden nicht als produktiv an. Dabei sind die sozialen Ausgaben der Gemeinden, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, weit produktiver als die Errichtung von Kinos, Tanzdielen, Fabriken für Schönheitsmittel usw. Will man eine zentrale Bewirtschaftung des Kapitalmarktes durchführen, so müßten sowohl die Anleihen der Privatwirtschaft wie diejenigen der Kommunalwirtschaft einer einheitlichen Kontrolle unterworfen werden. Statt dessen wurde vor einigen Wochen der Entwurf von neuen Richtlinien vorgelegt, welcher die bisherige falsche Politik auf die Spitze treibt und auf eine tatsächliche Entmündigung der finanziellen Selbstverwaltung der Kommunen hinausläuft. Es ist geplant, die Inlandsanleihen und kurzfristigen Kredite sämtlicher Gemeinden sowie die In- und Auslandsanleihen der Versorgungsbetriebe mit eigener Rechtspersönlichkeit unter die Kontrolle der Beratungsstelle zu stellen. Werden diese Richtlinien Gesetz, dann haben die Städte nur noch zu wählen zwischen Defizitwirtschaft und Entkommunalisierung. Genosse Brauer verlangt mit Recht im Namen des Deutschen Städtetages die Aufhebung der bisherigen Beratungsstelle für Auslandskredite und die Gleichberechtigung der kommunalen Wirtschaft mit ihren privaten Konkurrenzbetrieben. Eine entsprechende Entscheidung fand fast einstimmige Annahme.

So hat nunmehr auch der Städtetag die gleichen Forderungen erhoben, wie sie unsere Organisation seit fünf Jahren vertritt. Man fragt sich, ob es notwendig war, erst die Städte in diese Notlage hineinzubringen, bis daß man an die Öffentlichkeit interpellierte. Wir wollen hoffen, daß die Alarmrufe des Deutschen Städtetages in den maßgebenden Kreisen ein entsprechendes Echo finden, und zwar ehe es zu spät ist.

Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation

Der Kongreß war eine einzige Kampfansage an Faschismus und Militarismus; er war getragen vom Willen, nicht nur einen Damm aufzurichten gegen die Flut des böswilligsten Nationalismus, sondern das vom Feind eroberte Gelände in kühnem Angriff zurückzugewinnen. Nicht zuletzt war diese Kampfstimmung das Produkt einer übertriebenen Bewertung des nationalsozialistischen Wahlerfolges in Deutschland. Es war deshalb nur zu begrüßen, daß Kollege Schumann die Gelegenheit wahrnahm, die Dinge auf das richtige Maß zurückzuführen. Er gab zu, daß eine faschistische Gefahr bestehe, aber unsere festgefühten Organisationen seien denn doch nicht so einfach zu überrennen. Wie mit Kapp, würde die deutsche Arbeiterbewegung auch mit neuen Putschabsichten fertig.

Seine Ausführungen machte Schumann im Rahmen der Diskussion über einen Vortrag des englischen Volkswirtschaftlers Cole, der die „Aussichten der Wirtschaft“ einer umfangreichen Prüfung unterwarf. Ausgehend von der Rationalisierung und ihrem wirtschaftlichen Zweck beleuchtete er den Irrtum unserer Wirtschaftsführer, die Löhne wie andere Gesteungskosten zu behandeln, während man den Gewinn als Erfolg ansehe. Alles in allem plädierte Cole mit englischen Argumenten für die deutsche gewerkschaftliche Lohnpolitik.

Kollege Jahn vom Eisenbahnverband verwies in der Diskussion auf die Notwendigkeit, zwischen Rationalisierung und sozialer Menschenökonomie eine Synthese zu finden. Kollege Schumann fand den Uebergang zu den wirtschaftlichen Gedankengängen durch den Hinweis, daß nicht zuletzt das große Elend in der deutschen Arbeiterklasse den extremen Parteien die Wähler zugetrieben habe. Die Rationalisierung sei nur eine Teilfrage der Weltwirtschaftskrise. Die Aufnahmefähigkeit unserer alten Märkte ist durch industrielle Entwicklung in den Kolonialländern stark zurückgegangen. Der nach dem Kriege entstehende Warenhunger, der wahrscheinlich längst nicht so groß war, als immer behauptet wurde, sollte durch die Rationalisierung abgestellt werden. Diese Rationalisierung ist sicher überstürzt worden. Es gilt, dies schädliche Tempo zu stoppen und Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Durch die Reparationspflicht kommt Deutschland in die Notlage, so billig wie möglich zu exportieren. Schumann zeichnete in kurzen Strichen die Bemühungen der Unternehmer, die Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen. Dadurch wird die Krise nicht behoben, sondern verschärft. Die Rationalisierung soll jedoch auch den Arbeitern zugute kommen. Der IGB-Kongreß hat den Kampf für die 44-Stunden-Woche proklamiert, darüber hinaus müssen wir auf die 40-Stunden-Woche hinarbeiten. An Stelle der Profitwirtschaft muß die Bedarfdeckungswirtschaft treten.

Eindringlich war noch die Mahnung des indischen Delegierten Joshi, nicht achtlos an der Gefahr vorüberzugehen, die sich im Unterschied auftut, der zwischen den Löhnen in Europa und dem fernen Osten klafft. Noch größer werde seine Sorge um die Zukunft, wenn er an die politischen Gegensätze zwischen Orient und Okzident denke. Diese Gefahren bedrohen fast nur die Arbeiterklasse.

Solidarität kostet Geld. Die skandinavischen Organisationen hatten deshalb eine erhebliche Beitragserhöhung beantragt. Sie nannten den bisherigen Beitrag von 6 Cents (etwa 9 Oere) je Mitglied und Jahr „lächerlich niedrig“ und beantragten, ihn auf 50 Oere (etwa 35 Cents) zu erhöhen. In Verbindung damit stand ein Antrag, der die Mitgliedschaft zur ITF. an die Bedingung knüpfen wollte, daß jede angeschlossene Organisation von ihren Mitgliedern einen jährlichen Mindestbeitrag von 12 Kronen erhebe. Für Organisationen mit niedrigeren Beiträgen dürfe in der ITF. kein Platz sein.

Es war vorauszusehen, daß der Widerstand gegen die Tendenz dieser Anträge ziemlich stark sein würde. Nicht ganz so selbstverständlich war es uns, daß dieser Widerstand (bis zur Austrittsdrohung) gerade aus einem Lande kam, das sich über mangelnde Unterstützung beschwert hatte. Aber auch die Engländer und Deutschen waren nicht bereit, den Weg zu gehen, den uns die Skandinavier als den bequemsten priesen. Schließlich wurde einmütig die Erhöhung der Beiträge auf 8 Cents angenommen. Damit ist einstweilen der Plan einer internationalen Streikkasse gefallen. Wir halten diese Regelung für besser, denn Fimmen (der internationale Sekretär) hat recht, wenn er hervorhob, daß es nicht angängig sei, bei jedem kleinen Kampf, manchmal schon vor seinem Ausbruch, an die ITF. zu appellieren. Er befindet sich mit dieser Anschauung in

Uebereinstimmung mit Kamerad Cramp, der dem Kongreß aus dem Herzen sprach, als er sagte:

„Eine mächtige internationale Bewegung kann nur bestehen aus machtvollen nationalen Bewegungen. Wenn es mir gestattet ist, unseren Kameraden aus allen Ländern einen Rat zu geben, dann ist es dieser: Es ist eure Pflicht, eine machtvolle Bewegung in eurem Lande aufzubauen, dabei in erster Linie auf eure eigene Kraft vertrauend; ohne das ist eure internationale Aktion zur Unfruchtbarkeit verurteilt.“

Diese machtvollen nationalen Organisationen haben dann die Pflicht, durch die ITF. die kleinen oder unterdrückten Organisationen zu unterstützen. Daß dies nach Möglichkeit geschieht, hörten die Delegierten aus dem Mund der Vertreter verschiedener Nationen. Bei der Besprechung des Antrags, eine stärkere Aktion für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu entfalten, sprachen die Vertreter von British-Indien, Holländisch-Indien, Japan und Palästina die Hoffnung aus, daß ihnen wie bisher die Hilfe der europäischen Arbeiter zur Seite stehen werde. Sardelli, Italien, ließ die ganze Wut des Südländers gegen den Faschismus aufglühen. Die Vertreter der chinesischen Eisenbahner hatten die Teilnahme am Kongreß aufgegeben, da es ihnen wegen der politischen Wirren geratener schien, in der Heimat zu bleiben. Aus dem gleichen Grunde blieben zum erstenmal die Vertreter der argentinischen Eisenbahner dem ITF.-Kongreß fern. Amerika war deshalb nur durch Kanada vertreten. Südafrika fehlte, dagegen war es eine angenehme, mit stürmischem Beifall quittierte Ueberraschung, daß Fimmen ein Telegramm verlesen konnte, das den Beitritt der Eisenbahner Süd-Rhodesiens zur ITF. meldete. Damit hat die ITF. in Afrika die erste Organisation weißer Arbeiter gewonnen. Insgesamt waren auf dem Kongreß 26 Länder mit 59 Organisationen und 2 109 299 Mitgliedern durch 149 offizielle und 25 Gastdelegierte vertreten. Nicht vertreten waren 35 Organisationen mit 166 000 Mitgliedern (darunter stellt Argentinien 70 000).

Der IGB. hatte seinen Vorsitzenden W. Citrine als Vertreter entsandt, J. S. Middleton vertrat die Labour Party, G. Hicks den Trade-Unionkongreß. Das Internationale Arbeitsamt begrüßte den Kongreß durch den Genossen Staal. Die Internationale der Offiziere der Handelsschiffahrt war durch Veenstra vertreten. Unsere Gemeindearbeiter-Internationale hatte seinen Vorsitzenden Tevenan, unseren Kollegen Hartig und J. Hallsworth entsandt. Ferner hatten Gäste entsandt die Internationale der Textilarbeiter, die der Fabrikarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, des graphischen Gewerbes und der schwedische Grubenarbeiterverband.

Die Begrüßungsansprachen dieser Vertreter waren eine Bestätigung der stolzen Worte in der Eröffnungsrede unseres Präsidenten Cramp:

„Heute spreche ich nicht als Engländer, sondern als Mitglied der großen und wachsenden Internationalen Transportarbeiter-Föderation. Groß und wachsend sind keine leeren Worte, kein Redeschmuck. An Stärke, Ansehen und Rührigkeit übertrifft die ITF. alle anderen internationalen Berufsekretariate, und von ihrem Wachstum können wir uns durch einen Blick in den Geschäftsbericht überzeugen.“

Wir geben folgende Zahlen über den Stand der ITF.:

	Länder	Organisationen	Mitglieder
1. Januar 1928	33	77	2 024 697
1. Januar 1929	32	80	2 108 488
1. Januar 1930	35	93	2 275 366
1. August 1930	37	98	2 300 000

Die ITF. erstreckt sich über alle fünf Erdteile. Sie hat in Italien mit 750 zahlenden Mitgliedern wieder festen Fuß gefaßt, dagegen die Schauerleute (Hafenarbeiter) in USA. verloren. Deutschland stellt 617 000 Mitglieder und steht damit vor England an erster Stelle. Der Kongreß nahm den Bericht einmütig an und wählte mit allen Stimmen Fimmen als Generalsekretär und Nathans als Sekretär wieder. Der Generalrat bekam das Recht, weitere Sekretäre anzustellen. In den Generalrat wurden außer den alten Mitgliedern ein europäischer und zwei Vertreter des fernen Ostens gewählt. In die Exekutive entsandte der Kongreß: Cramp, Döring, Bidegarray, Lindley, Mahlmann und (neu) Bratschi. Als nächster Kongreßort wurde gegen Warschau Prag bestimmt, C. Lindow,

Soziales Wandern

Das Heer der Wanderarmen

In den kulturpolitischen Monatsheften „Urania“, herausgegeben von der Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena, befinden sich in den Nummern 11 und 12/1930 Aufsätze, die sich mit dem Problem des sozialen Wanderns befassen. Die darin enthaltenen Gedanken scheinen uns wichtig genug, sie unserem Leserkreis zu unterbreiten. D. Red.

M

nach den Berichten der Landesarbeitsämter betrug die Zahl der statistisch erfaßten Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung zum Jahresbeginn etwa 1,75 Millionen, darunter fast 1,5 Millionen Männer und über 300 000 Frauen. Aus den Mitteln der Krisenfürsorge wurden am Jahresende 210 000 Arbeitslose unterstützt, darunter 40 000 Frauen. — Mit dem Wachsen der allgemeinen Finanzkalamität steigen täglich diese Zahlen. Und täglich empfangen Tausende die letzte beanspruchbare Unterstützung. Ausgesteuert fallen sie den Gemeinden zur Last, müssen Wohlfahrtsalmosen (anders kann man wohl diese Art Unterstützung nicht gut bezeichnen) in Anspruch nehmen. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, die an sich groß genug war, ist in wenigen Wochen um über 50 Proz. gestiegen. Schon rufen die Gemeinden berechtigt nach Reichshilfe, denn bei ihrer schlechten Kassenlage sind die vorhandenen Mittel bald erschöpft. Was dann, wenn... ist die akute, bange Frage, die zur baldigsten Lösung drängt. Nun ist aber in den amtlichen Erhebungen festgestellt, daß höchstens 45 Proz. dieser Ausgesteuerten die Hilfe der Gemeindefürsorge erhalten. Was tun diese anderen 55 Proz.? Arbeit und Brot finden sie doch nicht. Etwa 5 Proz. kann man unter die Frauen rechnen, die nunmehr dank der gesetzlichen Bestimmungen mit von der Unterstützung ihrer Männer leben müssen. — Ein Teil der Ausgesteuerten legt sich auf den Straßen- und Hausierhandel, was mehr oder weniger verschämter Bettelei gleichkommt. Ohne Kapital läßt sich nun einmal kein Geschäft in Angriff nehmen. Und von der kargen Unterstützung ließ sich keineswegs etwas ersparen. Also gehen sie mit Streichhölzern, mit Heftpflaster oder sonstwelchen Kleinigkeiten in die Häuser handeln, tagaus, tagein, treppauf, treppab, mit einer Gebuld, die nur der Druck der Verhältnisse hervorzubringen kann.

Nie verdienen sie genug zum Leben, sie vegetieren so schlecht und recht hin, bis sie eines Tages doch den Weg zum Wohlfahrtsamt gehen müssen.

Eine zweite Gruppe, vornehmlich die ausgesteuerten Handlungsgehilfen und Büroangestellten, versuchen das Letzte ihres Berufes: Wer kennt nicht die vielen Provisionsreisenden, die Menschen in schäblichster Kleidung, mit hungrigen, nervösen Blicken? Bei der schlechten Geschäftslage, bei der geringen Kaufkraft der Bevölkerung ist selten ein sicherer Auftrag hereinzubringen. Dazu werden sie von ihren Arbeitgebern schamlos ausgebeutet und sehr oft hintergangen. In kurzer Zeit ist ihre Gebuld erschöpft, und als gescheitert geben sie diesen letzten Versuch auf, Armenfürsorge fordernd.

Ein weitaus größerer Teil aber wählt einen anderen Ausweg. Da sind vor allem Männer, die Jüngeren und die Unverheirateten, die nicht an den Ort Gebundenen. Ihre wirtschaftliche Not war während der langen Arbeitslosigkeit ins Unermessliche gestiegen. Vielfach blieben sie notgedrungen den Mietzins schuldig, wurden kurzerhand auf die Straße gesetzt, waten obdachlos zudem. Einige verschwanden aus den Heimatsorten, um den Gläubigern zu entgehen. Andere wiederum sahen innerhalb ihres Wohnkreises keine Aussicht, in kürzerer oder späterer Zeit lohnende Beschäftigung zu finden. Die Jüngeren hatten entweder das tatenlos Umherlummeln über oder wollten den vorwurfsvollen Blicken der Angehörigen, denen sie auf der Tasche lagen, entgehen. Kurzum, ihnen allen wurde zwangsläufig der dornenreiche Weg zum Landstraßenproletariat gewiesen.

Man sollte sich von Amts wegen einmal mit diesem Landstraßenproletariat beschäftigen. Not ist es! Die amtlich festgestellten Zahlen über Wanderarme dürften keineswegs stimmen,

auch schätzungsweise nicht. 50 000 in Deutschland werden angegeben. Eine lächerliche Zahl! Die Asyle für Obdachlose weisen erschreckend hohe Uebernachtungsziffern aus. Berlin gibt über 2 Millionen Uebernachtungen halbjährlich an. Kölns städtisches Asyl, wo der Ortsfremde nur eine Nacht im Vierteljahr zubringen darf, nennt 55 000! Und Köln hat drei große Asyle! In München, Nürnberg, Hannover, Hamburg und anderorts sieht es nicht anders aus. Ueberall sind Asyle, Herbergen, Pennen, billige Gasthöfe und Wanderarbeitsstätten überfüllt! Wer nennt die Zahl derer, die in Bahnhofswartehäusern, bei Bauern in den Ställen und Scheuern, in Strohschuppen und Heustadeln, in Backöfen, unter Brückenpfeilern, in Kanälen, in den Waldhütten oder gar unter freiem Himmel die Nächte verbringen?

Die Arbeiter und Bauern klagen über das Ueberhandnehmen der Bettelei und Landstreicherei. Nicht Zehntausende, Hundert-

tausende wandern auf Deutschlands Straßen! In allen Landstrichen, an der See, im Gebirge, in den Industrie- und Agrarbezirken trifft man Bettler und Landstreicher in Scharen an. Diese Opfer der bestehenden anarchischen kapitalistischen gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse sind einer dem anderen größte Konkurrenz, sei es beim Arbeituchen, sei es beim Fechten; sind aber auch gezwungenermaßen — und das ist das Wichtigste — den ortsansässigen Arbeitern gefährliche Konkurrenz. — Derkennen wir die Gefahr nicht! Wer gilt den Unternehmern als billigste, geduldigte Arbeitskraft? Wer gibt sich mit menschenunwürdigen Wohn- und Schlafstätten zufrieden? Wer verrichtet gern die schmutzigste, ungesundeste Arbeit, ohne zu murren? Wer ist den ostelbischen Junkern für Erntearbeiten, die die polnischen Arbeiter ablehnen, willkommen? Wer läßt sich am schamlosesten ausbeuten? Wer kommt selbst zu den entferntesten Arbeitsstätten, ohne Reisegeld zu beanspruchen? Und wer fällt bei Lohnkämpfen den Genossen in den Rücken? Wer läßt sich als Tarif- und Streik-

brecher mißbrauchen? Wer? Die Landstraßenproletarier! Die, die froh sind, einige Mark für Kleibung verdienen zu können! Die, die zufrieden sind, ein Dach über dem Kopf zu haben. Die, die gemäß behördlicher Vorschriften unbedingt einmal Arbeit nachweisen müssen! Die, die stets der Hoffnung sind, eine Gelegenheit zum Sehaftwerden erwischt zu haben!

Nun steht, die Lösung der Wanderarmenfrage ist brennend! Schon im Interesse der kämpfenden proletarischen Klasse muß da Wandlung geschaffen werden! Mit dem Bau von Obdachlosenasylen ist niemand geholfen. Die Wanderarmen sehnen sich in größter Mehrheit nach geregelterm Leben, nach Ordnung, nach auskömmlicher Arbeit. Sie haben es satt, nur zu Aschenbrödeldiensten herangezogen zu werden. Sie wollen ihrem Leben Inhalt geben, sich Schulter an Schulter stellen mit den werktätigen Genossen ihrer Klasse und nicht ihre Tage mit nutzlosem Umherziehen verbringen. Sie wollen eingereiht werden in den Produktionsprozeß unter gleichen Bedingungen wie die Sehaftten. Sie wollen keine Lumpenproletarier sein!

Warum wird eigentlich die Wanderarmenfrage im allgemeinen so nachlässig behandelt? Warum hört die Öffentlichkeit selten oder vielmehr nie die wahren Zahlen? Warum sagt man nie nackte Tatsachen, sondern gibt nur wenige und dann nur falsche, zurechtgestufte Berichte über Landstreicher und Bettler in die Presse des Bürgertums? Warum berichtet man wissenschaftlich falsch? Warum spricht man von der Romantik des Landstraßenlebens? Warum diese Beeinflussung der Öffentlichkeit?

Nun, das gesamte Unternehmertum, das zuerst die große, nicht zu unterschätzende ökonomische Bedeutung dieser Proletarierschicht erkannt hat, ist interessiert, diese brauchbare, willige industrielle Reservearmee für ihre Zwecke zu behalten. Mit den sehaftten, ortsansässigen, organisierten Erwerbslosen läßt sich nicht so leicht Schindluder treiben.

Also: Ausschließlich im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft schweigt man sich über das Landstraßenproletariat aus.

H. Reinhold.



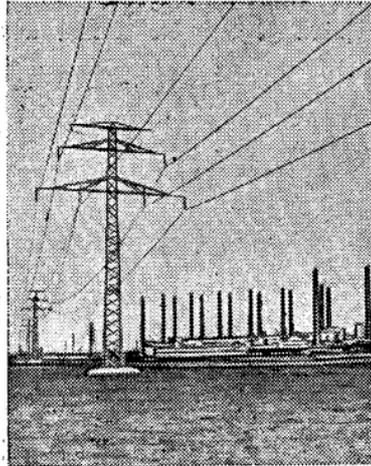
Baut das soziale Wandern aus!

Die Welt wird in jeder Epoche neu entdeckt. Sie wandelt sich und mit ihr die Menschen in ihrem geistigen, seelischen und körperlichen Sein. Neue Gefühle tauchen auf und alte sterben ab, was das Auge unserer Vorfahren so sah, sieht das Auge des gegenwärtigen Menschen anders. Und was gehört dazu, um einzusehen, daß das Wandern des mittelalterlichen Handwerksburschen ein anderes war, ein anderes sein mußte, ja daß dieses Walzen des Handwerksburschen auch wieder anders war als das Umherziehen der Nomaden. Wenn man so will, war alles „Wandern“, aber doch ein Wandern in stets neuen Formen.

Weite Kreise der Arbeiterschaft sind aber noch immer, wie von vielen Gütern der Kultur, auch von dem so unendlich bereichernden Gut des Wandern ausgeschlossen. Ihnen bleibt die Welt verschlossen, und man kann wohl sagen, in dem Maße, wie sie ihnen verschlossen bleibt, bleibt ihnen auch das weltumfassende Gefühl des Internationalismus verschlossen, jenes starke Gefühl, aus dem heraus die sozialistische Weltkommune empfunden und errichtet werden muß. Und nicht nur, daß dieses Gefühl der internationalen Zusammengehörigkeit nicht die notwendige Entfaltung erfährt, sondern, was noch viel schlimmer ist, der verlogene Begriff des „Vaterlands“ wächst innerhalb der vier Mauern des ausbeutenden „Vaterlands“ in dem Maße, wie sich das Leben des Arbeiters in spießhaftem Dreimeterhorizont nationaler Psychopathie bewegt. Das ist das Schlimmste daran. Der wandernde Arbeiter findet sich wieder, wenn er durch die Arbeiterviertel und Fabrikgehenden seiner Klassengenossen in ihrem „Vaterland“ wandert. Und wenn er dann im eigenen Land, im „Vaterland“, von Arbeitern oder Führern dieses verlogene Wort hört, diese neun Buchstaben, dann wird ihm stets sein, als schauen ihm seine Klassengenossen in die Augen und fragen anklagend: Genosse wollt Ihr uns verlassen? Aus einer neuen, werdenden Moral, aus der Moral der internationalen Arbeiterklasse heraus, empfindet der sozialistische Arbeiter es so unendlich schmerzlich, wenn er diese neun Buchstaben aus dem Munde des Arbeiters hört. Jeden dieser neun Buchstaben haben wir mit dem Vorschlaghammer internationalen Denkens in Stücke zu schlagen, und dann sollten wir befreit aufschreien, wenn es uns gelungen ist: „Alle neun!“ Auch das ist Realpolitik. Es gibt einen Internationalismus, der nicht zu vernichten ist, auch dann nicht, wenn der Geldsack schreit: „Das Vaterland ist in Gefahr!“ Das ist der erwanderte, der erlebte Internationalismus. Er wird ein Stück der sozialistischen Persönlichkeit, und seine Preisgabe würde sie als Preisgabe ihrer selbst empfinden. — Daß es die gegenwärtige und kommende Generation besser begreift, warum internationale Klassensolidarität, und daß sie auch dafür wirkt, darum mehr soziales Wandern. Soziales Wandern schärft aber auch die Einsicht des Wandernenden. Indem er ein anderes Land durchwandert, erkennt er nicht nur, warum der Charakter der Arbeiterbewegung da und dort ein anderer ist, sondern lernt auch die Schwierigkeiten erkennen, mit denen die Führer der Bewegung zu ringen haben. Auf diese Weise wird das Verhältnis von Masse zu Führer ein anderes. Es ist freilich nicht so, daß nur die Führer immer falsch handeln, auch die Masse und der einzelne tut das, und es ist nicht Sache eines Sozialisten, die Verantwortung auf einen abzuwälzen. Und schließlich gewährt die Entwicklung eines Landes auch Einblick darin, welche Kräfte maßgebend sind bei der Politik der oder jener Partei, wo die Grenzen ihres Möglichen und die Gründe ihrer Taktik liegen.

Es gibt heute schon eine ganze Anzahl von Reisegeellschaften im sozialistischen Sinne (Reichsausflug usw.). Man wird ihre Bedeutung auch nicht unterschätzen dürfen, sondern wird sie unterstützen müssen, wo nur möglich. Man darf sie für das soziale Wandern aber auch nicht überschätzen. Soziales Wandern muß nicht sein: Gruppenwandern. Das drückt das Wort „sozial“ nicht aus. Soziales Wandern ist vielmehr Wandern im Sinne des

sozialistisch-proletarischen Aufstiegs, ist Vorstoß in sozial bewegte Zentren, ist ständige Entdeckertätigkeit. Es ist nicht eine Frage der Zahl, sondern eine Frage des methodischen Sehens. Und das Proletariat sieht die Welt anders als der Bürger in St. Moritz, Brighton und sonstwo. Sieht er sie nicht anders, dann ist er eben Wanderer ohne Rüstung, beherrscht von bürgerlichem Denken. Er kauft sich einen Grieben oder Baedeker und sieht nun wohl eine Welt, aber doch nicht seine. Er wandert neben dem Leben. Er besucht wohl die Gräber großer Persönlichkeiten und anderes, aber da Marx z. B. nicht im Grieben steht und auch nicht im Baedeker, wird er wohl auch keine große Persönlichkeit sein. Also . . . unwichtig. Und das ist überhaupt ein Problem des sozialen Wanderns. Der Arbeiter empfindet sein mangelndes Wissen über Länder, Völker, Geschichte und anderes. Hier müßte ein beratender Ausschuß in den Bildungsorganen der Arbeiterbewegung eingesetzt werden, der es sich zur Aufgabe macht, auf etwas leicht verständliche Lektüre hinzuweisen. Es muß nicht so viel sein, aber doch einige Tatsachen enthalten, denn das eigene Denken muß einen Anknüpfungspunkt haben. Es scheint, als gehe die Entwicklung beim Arbeiter den Weg: Er geht mit einigen Vorstellungen in ein fremdes Land. Bekommt dort Eindrücke und Anregungen und versucht diese dann später zu verarbeiten. Der Arbeiter, der sich seiner gesellschaftlichen Lage bewußt ist, wird von vornherein auf die Dinge zusteuern, die ihm problematisch erscheinen und für die er sich auf Grund seiner Klassenlage interessiert. — Der soziale Wanderer soll versuchen, auf der Reise im Ausland eine Verbindung zu den Arbeitern des anderen Landes herzustellen. Ist er allein,



Industriellandschaft in Mitteldeutschland

muß er es tun, auch dann, wenn es oft schwer fällt. Wandert er in der Reisegeellschaft, ändert sich das. Kann der einzelne im anderen Land keine Gemeinschaft herstellen, kehrt er zurück zu seiner eigenen Gemeinschaft, der Reisegeellschaft. Damit ist der Zweck des Wanderns in anderen Ländern verfehlt. Soziales Wandern muß das Einfühlungsvermögen stärken. Das in erster Linie macht es wertvoll. Ferner scheint es auch unmöglich, durch die Arbeiterviertel, wie etwa Birmingham, in Gesellschaft zu gehen, oder in dieser oder jener Kutscherkneipe in großer Gesellschaft Beobachtungen zu machen usw. und viel dabei an sozialen Eindrücken zu gewinnen. Und solche Entdeckungsfahrten sind doch

sehr wichtig. — Viele Arbeiter würden eine Wanderung ins Ausland machen, wenn sie sich billiger stellen würde. Noch ist das, was man „Gewerkschaftshaus“ nennt, gewöhnlich alles andere als ein Treffpunkt der sozialistischen Arbeiter, wo man Anregungen genießen kann usw. Es gibt auch im Ausland nur wenige Ausnahmen. Auch die Preise sind meist viel zu hoch. Ueberhaupt verschlingt das meiste Geld das Schlafen. Essen wäre nicht so schlimm. Der junge Arbeiter weiß sich zu helfen. Zwei Forderungen ergeben sich daraus: 1. Man sollte die Gewerkschafts-



Frauen kommen vom Markt

häuser endlich zu Volkshäusern machen mit billiger Schlafgelegenheit. — Zugleich muß ein vernünftiges Gewerkschaftshaus auch geistiges Zentrum des Ortes sein. Immer muß der soziale Wanderer wissen, wo er Genossen trifft, die er anregen und die ihn anregen können. Und 2: scheint die Zeit jetzt auch reif zu sein, auf einem anderen Weg den Kontakt von Land zu Land herzustellen. Es gibt doch schon seit Jahren die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“. Sie unterhalten einen ständigen Austauschdienst. Englische Genossen usw. nehmen andere auf und umgekehrt. Natürlich gegen Erstattung der Selbstkosten.

Was hier international angeregt wird, läßt sich noch leichter im Reich durchführen, und sicher mit Erfolg. Viel intensiver wird das soziale Wandern, wenn man bei einem Genossen Aufenthalt nimmt und mit ihm, sofern es seine Zeit gestattet, sprechen kann. Wieder handelt es sich um beiderseitige Bereicherung, die sich auf jeden Fall einmal in der Bewegung auswirkt. So gibt es eine Anzahl Möglichkeiten, das soziale Wandern auszubauen.

Th. Heck.

Wanderwege

Wie die Eisenbahn den Schienenstrang, das Schiff das Wasserbett und der Kraftwagen die Landstraße braucht, so der Ritter auf Schüfters Rappen den Wanderweg.

In früheren Zeiten nahm die Landstraße gleich gastlich das Fuhrwerk wie den wandernden Junftgejellen auf. Vor einigen Jahrzehnten änderte sich das Bild. Den Wanderer zog es auf einsamere Pfade, wenn möglich in die Höhe, auf der Straße tauchten der Radfahrer und in immer unheimlicher werdender Menge der Kraftwagen auf. Heute sind Radfahrer und Fußgänger auf vielen Straßen kaum noch ihres Lebens sicher. Vor Getute, Staub, Benzindunst und Kotspritzern ist der Naturgenuß dahin. Die nervengepeitschte Menschheit schätzt ein so zweifelhaftes Vergnügen nicht, und bleibt lieber daheim und hütet Leben wie das sonntägliche Gewand lieber auf dem Sofa oder im nahegelegenen Kaffeehaus. Dabei stehen wir erst am Anfang der Kraftfahrerei. — Was tun? Sollen wir

Schicksalergeben zuschauen oder unsere Begeisterung für das Pilgern durch die schöne Welt in Schimpfen und Fluchen verpuffen? Das wäre zwar bequem, aber das wäre schlapp. Es dreht sich hier um eine Frage von größter Wichtigkeit. Das ist vielen noch nicht aufgegangen. Immer lauter aber werden die Notrufe derer, die häufig hinausziehen, schon jetzt die gewaltige Verkümmernng der Rechte des Fußgängers empfinden und die weitere Entwicklung klar vor sich sehen. — In vielen Gegenden ist der Wanderer fast ganz, in anderen mehr oder weniger auf die Benutzung der Landstraße angewiesen. Er hat darauf ein Jahrhunderte altes, wohl erworbenes Recht. Das wird ihm jetzt in steigendem Maße genommen. Der Kraftwagen verdrängt ihn. Der Fußgänger muß und wird sich zur Wehr setzen. Nicht durch Forderung von polizeilichen Maßnahmen gegen den Kraftwagen. Das wäre kindliche Kraftverschwendung. Der Siegeslauf des Motors ist nicht zu hemmen. Also müssen wir versuchen, friedlich nebeneinander auszukommen. Dafür aber gibt es nur den „einen Weg“, daß Kraftwagen, Radfahrer und Wanderer möglichst verschiedene Wege gehen.

Da geben die Radfahrer den Fußgängern ein gutes Beispiel. Kraftvoll und planmäßig haben sie ihre Rechte geltend gemacht. Unter Mitbeteiligung der Fahrrad-, neuerdings auch der Automobilindustrie, der beruflich das Fahrrad benutzenden Gruppen, der Verkehrsverbände und gemeindlichen Behörden haben die Radfahrervereinigungen die Arbeitsgemeinschaft für Radfahrwege ins Leben gerufen. Nicht weniger als 150 Vereine sind in kurzer Zeit allein zur Verfolgung dieses Gedankens entstanden. Die Behörden gehen mit, weil sie erkennen, daß dem Radfahrer, einerlei ob Berufs- oder Wanderfahrer, sein Recht werden muß. Niemand hätte vorher geglaubt, daß auf jeden sechsten Deutschen ein Fahrrad entfällt.

Zwei Beine entfallen aber auf jeden Deutschen. Noch sind wir selbst beim Autofahrer nicht soweit, daß er solche einzig für den Gang zum Kraftwagenschuppen benutzen möchte. Es mehrt sich im Gegenteil erfreulicherweise stark die Zahl der Kraftfahrer, die selbst Natursucher sind und oft Fahrten mit Wandern zu verbinden trachten. Jedenfalls sind noch die Fußgänger in erdrückender Mehrheit, noch sind sie eine Macht, die sich nicht einfach an die

Wand drücken zu lassen braucht. Demgemäß hat der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen im vorigen Jahre gemeinsam mit den anderen, am Wandern in erster Linie beteiligten Spitzenverbänden einen Hilferuf an die Straßenunterhaltungspflichtigen (Länderregierungen; in Preußen die Provinzen; Deutscher Landkreistag) gerichtet. Das Echo ist noch gering, aber es mehren sich die Anzeichen, daß diese Bemühungen nicht erfolglos sein werden. Es kommt hierbei auf folgende drei Gesichtspunkte an:

1. Schaffung von Wanderschutzwegen längs der Straßen. Das ist da zu fordern, wo die Straße die einzige Verbindung zwischen zwei Punkten ist und vermutlich auch bleiben wird. In diesem Falle sind dann die Belange der Fußgänger und Radfahrer ähnlich gerichtet. 2. Beihilfen zu sonstigen Wanderwegen, die das Ziel



o du fröhliches, seliges Wandern!
Du bist bunt wie das Leben selbst!

Wie das Leben bist du vertöckend schön
und von geheimnisvollem Reiz und unbegreiflich!

E. Neuenhoff

haben, den Wanderer möglichst von der Straße herunter zu bringen. Es können dies in manchen Fällen also Richtwege zwischen zwei Punkten der Landstraße sein; in der Regel aber allgemeine wichtige Wanderwege an Seen und Flußläufen. Auch da wird der Erholung suchende Mensch durch allerlei Sperrmaßnahmen immer mehr zurückgedrängt. — Die Frage liegt nahe, ob mit diesen Forderungen nicht zuviel verlangt wird und ob die Verwirklichung im heutigen Zeitalter überhaupt noch möglich sei. Diese Bedenken sind völlig unbegründet. Die Straßenaufbaukosten der Provinzen und nichtpreussischen Länder gehen jährlich in die Millionen. Nichts wird in den kommenden Jahrzehnten sicherer steigen als sie. Mit einem jährlichen Bruchteil davon sind die vorerwähnten Forderungen zu erfüllen. Dabei haben die zu schaffenden oder zu verbessernden Fußwege den Vorzug, nur ganz unwesentliche Unterhaltungskosten zu erfordern. Abfuß und Nagelschuh sind ja so harmlos im Vergleich zum wegeaufreißenden Kraftwagen.

Den Anfang mit Wanderschutzwegen haben einige Gebirgsvereine, zum Teil mit behördlichen Beihilfen gemacht, vor allem im Harz und Schwarzwald. Seit einigen Jahren bewilligt sodann die Rheinprovinz 17 000 Mk. und 1929 Westfalen 10 000 Mk. für Wanderwege. Hocherfreulich sind auch zwei weitere Fortschritte aus 1929: Der Ruhrriedlungsverband bewilligte 116 000 Mk. für die Ausgestaltung der Ruhrwanderwege. Die Gelder werden zur Hälfte aus Umlage, zur Hälfte aus Anleihe beschafft. In der Rheinprovinz soll gemäß Antrag des Provinziallandtages für 1929 aus dem Haushaltsplan der Straßenbauverwaltung ein Betrag von 500 000 Mk. für die Anlegung von Fußgänger- und Radfahrwegen an Provinzialstraßen abgetrennt werden.

Wer das deutsche Wandern, einerlei ob von Alten oder Jungen, fördern will, muß für Verbesserung und Vermehrung der Wanderwege eintreten. Unzulängliche oder fehlende Wanderwege heben zu einem guten Teile die sonstigen Bemühungen zur Hebung des Wanderns wieder auf. Wir können auf der Straße gegen den Kraftwagen nicht an. Darum hinaus auf die lichten Höhen oder in die stillen Täler, wo keine Menschen und vor allem ... keine Kraftwagen sind! Die Möglichkeit besteht. Gute Beispiele sind schon da. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg — auch ein Wanderweg.

W. M ü n k e r i. „Die Jugendherberge“.

Das Leben der Autos

V.

Johann Bräger lebt in Leipzig. Das ist eine Geschäftsstadt. Dort werden Handbücher für junge Chemiker gedruckt, dort werden wertvolle Rauchwaren verkauft, dort werden sozialistische Kongresse veranstaltet. Es versteht sich von selbst, daß es dort nicht wenig Automobile gibt. Zwar hat Johann Bräger kein Auto. Dafür besitzt aber Herr Stoß einen herrlichen „Mercedes“. Herr Stoß ist außerdem Eigentümer einer mustergültigen Druckerei: er stellt hochkünstlerische Etiketten für Likörflaschen, für Kölnisches Wasser und für teure Zigaretten her. Es ist die beste Etikettendruckerei von ganz Deutschland, und Herr Stoß hat seinen Mercedeswagen vollkommen verdient. Er hat ein Recht, an allen Straßenecken stolz zu hupen. Als echter Sportsmann lenkt er seinen Wagen häufig selbst. Er wohnt außerhalb der Stadt, und er liebt die Schnelligkeit — hundert Kilometer in der Stunde. Er liebt Schnelligkeit in allem. In seiner Druckerei stehen die allerperfektesten Maschinen. Die Druckerpressen verneigen sich dienstfertig. Es gleiten die Messer. Herr Stoß kann im Laufe eines Tages über 800 000 Etiketten drucken. Darauf sind Spanierinnen mit Fächern oder bunte Dreiecke zu sehen. Sie preisen das Parfüm „Mein Aroma“ oder den Likör „Bergkloster“ an. Sie werden auf Lastautos fortgeschafft. Herr Stoß fährt auf seinem Mercedeswagen fort. Er weiß, was moderne Reklame und was leuchtende Farben sind. Er ist einer von jenen, die an Deutschlands Wiederaufbau mitwirken. Leipzig ist eine Geschäftsstadt. Leipzig ist mit Recht auf Herrn Stoß stolz.

Aber selbst in dem tadellosen Leipzig entdeckt das erfahrene Auge des Korrektors zuweilen Druckfehler. Womit ist dieser Johann Bräger beschäftigt? Ist er notwendig für die Wiedergeburt Deutschlands? Er baut keine „Zeppeline“, fabriziert keine Anilinfarben, er verkauft nicht einmal Wurst. Er hat eine äußerst förderliche Beschäftigung: er studiert die alten Lieder der verschiedenen Völker. Er vergleicht sie. Er schreibt ein Werk über die Einheit des Themas, über die Priorität des Ostens, über die Identität der Empfindungen bei Identität der Handwerke. Niemand braucht so etwas. Man kann daraus weder eine Grammophonplatte, noch einen Unterhaltungsroman, noch eine Anleitung zur Handlungsreisende machen, welche sich über die Psychologie jener Völker unterrichten wollen, die Deutschland Automobile oder Anilinfarben abkaufen.

Irgendwelche sonderbaren Leute gewähren Bräger ein Stipendium: 110 Mk. monatlich. Bräger ißt Kartoffeln ohne Fett und bemüht sich, möglichst eng zu schreiben, um Papier zu sparen. Er trägt einen gestickten Anzug. Er ist blutarm und hat einen Abszeß in der rechten Lunge. Aber er arbeitet weiter. Er weiß nicht, was der Locarnovertrag ist. Er weiß nicht, daß es Mercedeswagen gibt. Er weiß nicht einmal, daß Deutschland sich auf dem Wege des Wiederaufbaus befindet. Er sitzt den ganzen Tag da und arbeitet in Hemdsärmeln, um seinen Rock an den Ellbogen nicht durchzuwehen. Abends geht er zu Else Brecht, die das Parfüm „Mein Aroma“ verkauft. Er erzählt ihr in verworrenen Worten von indischen Mythen, von serbischen Vampiren und von dem Einfluß der Araber auf die Bilder der kastilianischen Epik.

Herr Stoß hört sich unterdessen beim Tanztée im „Astoria“ neue Charlestons an. Neben ihm winselt eine krummnasige Blondine: Herr Stoß sticht sie mit einer Krawattennadel. Das Mädchen ist glücklich: weiß sie doch, wer sie sticht. Vor der Tür schlummert, bewacht vom scharfen Auge des Portiers, der Mercedeswagen. Die Freude der Blondine ist durchaus berechtigt: Herr Stoß ist auf der Kölner Ausstellung mit einer goldenen Medaille ausgezeichnet worden. Er hat im vergangenen Jahr 860 000 Mk. verdient. Sein Porträt ist kürzlich in der illustrierten Beilage der größten Zeitung Leipzigs veröffentlicht worden. Wenn so ein Mann sich amüsiert, sind alle ringsum glücklich: die Kellner, die Mädchen, die Sazaphone. Wirkt doch Herr Stoß mit am Wiederaufbau Deutschlands.

Johann Bräger ist heute auf ein altes keltisches Lied gestoßen: „Jo pflanzt einen Apfelbaum. Wenn es nicht regnet, begießt er ihn mit Wasser aus dem Brunnen. Der Brunnen liegt weit entfernt, und Jo ist geduldig. Er wartet viele Jahre. Da fängt der zarte Apfelbaum zu blühen an. Da kommt ein Wind, und der Wind entwurzelt das Bäumlein. Sag mir, mein Lieb, was würdest du gern sein: der geduldige Jo oder der schnelle Wind, der vom Meere herbeieilt? Nein, antwortet das Mägdelein, nein, ich wollte weder der geduldige Jo, noch der schnelle Wind

sein. Ich wollte nur der zarte Apfelbaum sein. Er wächst langsam. Er erblüht. Er geht schnell zugrunde, sobald der Wind kommt...“

Am Abend geht Johann, wie immer, zu seiner Else in der Wilhelmstraße. Er wird ihr von seinem glücklichen Fund erzählen. Er geht und wiederholt vor sich hin: „Dann erblüht der Apfelbaum...“ Vorübergehende rempeln ihn an. Sie haben ihre Arbeit beendet und eilen nach Hause. Den ganzen Tag haben sie an den Druckerpressen oder, mit überriechenden Pelzen beschäftigt, hinter dem Ladentisch gestanden. Sie wollen möglichst bald mit den geschwollenen Füßen in weiche Filzpantoffeln schlüpfen, sich den Radiöhörer umhängen und, wie Herr Stoß, die neuesten Charlestons anhören. Sie gehen selbstverständlich auf der rechten Seite des Bürgersteigs; ärgerlich stoßen sie Bräger an: dieser fade Kerl versteht nicht einmal richtig auf der Straße zu gehen!...

Johann überquert einen Platz. „Da kommt ein Wind...“ Was für ein prächtiges Lieb! Es wird Else sicher gefallen. Johann tapft in seinen ausgetretenen Schuhen komisch dahin. Er hört die Hupensignale nicht. Er sieht nicht den warnenden Winker voll purpurnen Blutes. Er sieht nicht die riesengroßen, alles verschlingenden Augen. Er murmelt vor sich hin: „Ich wollte nur der Apfelbaum sein...“ Da geschieht das, was die Menschen mit Recht einen „Unfall“ nennen.

Johann Brägers Leib wird auf die Polizeiwache geschafft. Herr Stoß ist empört. Sein Mercedes ist zwar unbeschädigt. Aber er hat wegen einer Formalität eine Viertelstunde verloren. Er mußte seine Ausweispapiere vorzeigen, als wenn in Leipzig sein Name nicht genügt! Er mußte zwei ellenlange Protokolle unterzeichnen. Er arbeitet doch im Laufe des Tages genug, um abends ein Recht auf Ruhe zu haben. Er will heute im „Astoria“ ein wenig lachen. Wenn das ein Tauber gewesen ist, warum hat er dann nicht nach den Signalen gesehen? Wenn es ein Blinder gewesen ist, warum hatte er dann keinen abgerichteten Hund zum Begleiter? Uebrigens ist es wahrscheinlich ein Derrückter gewesen: in seinen Papieren stand doch „Dr. phil.“. Nun ja, ein Philosoph! Einer von jenen, die die Sterne zählen und Apfelsinen von den Obstständen klauen. Um was kümmert sich eigentlich die Leipziger Polizei?

Johann Brägers Buch, dessen baldiges Erscheinen im Aprilheft des „Philosophischen Anzeigers“ angekündigt war, wird niemals fertig geschrieben werden. Statt dessen werden andere Bücher erscheinen: in Leipzig gibt es ja viele Druckereien.

* * *

In Rom lebte Benito Mussolini. Er träumte von einem großen italienischen Imperium. Er nahm Paraden ab, hielt Reden und vernichtete seine Feinde. In Rom lebte auch Matteotti. Das war ein Fehler. Matteotti konnte nicht neben Mussolini leben: er haßte das große Imperium und machte sich tagtäglich über die kriegerischen Monologe lustig. Mussolini glaubte an den Triumph der italienischen Industrie und an den Burgfrieden zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Besitzer der Automobilfabrik „Fiat“ hatten nichts dagegen einzuwenden. Sie wußten, was dieser Burgfrieden zu bedeuten hatte. Mussolini kommandierte. Die Schwarzhemden schrien: „Eia! Eia! Alalá!“ Die Arbeiter arbeiteten.

Während sie aber arbeiteten, träumten die Arbeiter dennoch nicht vom großen Imperium. Sie lächelten beifällig, wenn sie die bissigen Artikel Matteottis lasen. Waren sie doch gewöhnliche Arbeiter, die sich nur wenig von den Arbeitern Opels oder Citroens unterschieden. Matteotti war auch ein gewöhnlicher Sozialist. Im Streit mit seinen Gegnern berief auch er sich auf die Resolutionen der internationalen Kongresse. Er wollte nicht begreifen, daß Italien eben Italien und Mussolini eben Mussolini sei.

Mussolini leitete die hohe Politik. Er war der Führer, und er konnte sich nicht mit wirtschaftlichem Kleinkram befassen. Damit befaßten sich seine Helfer. Die einen hatten Ministerportefeuilles, die anderen nur Parteimitgliedskarten und Geldsubsidien. Dumini war zuständig für die Vernichtung der Feinde. Signor Filippelli gab die Zeitung „Corriere Italiano“ heraus, die tagtäglich berichtete, daß Benito göttlich und unsterblich sei. Die Tätigkeit des Signor Filippelli war weit sauberer als die Tätigkeit Duminis, und die Hand, mit der Signor Filippelli auf das Marmortischchen des Cafés schlug, war eine zarte, runde Hand. —

8. Bundesauschuß-Sitzung in Dresden

II. (Schluß.)

An dritter Stelle stand zur Verhandlung der Plan zur Gründung einer Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser. Als Vertreter des Bundesvorstandes referierte Ernst Schülze. Er wies darauf hin, daß der Bundesauschuß, als die Frage der Holdinggesellschaft zuerst auf einer seiner Tagungen zur Sprache kam, den Bundesvorstand beauftragte, zunächst erst einmal die Zusammenfassung der Gewerkschaftshäuser vorzubereiten. Ein ähnlicher Wunsch wurde auch schon seit Jahren von den Vertretern der Volkshäuser geäußert, wenn auch ihrerseits nicht der Plan bestand, die Zusammenfassung in Form einer Holdinggesellschaft vorzunehmen. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenschlußbestrebungen unterstützte, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Holdinggesellschaft beeinflusst worden. Grundsätzlich bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs), oder 2. in Form einer Holdinggesellschaft.

Entscheidend für die Wahl der Form konnte ausschließlich die Zweckbestimmung sein. Was sollte durch den Zusammenschluß erreicht werden? Den Vertretern der Gewerkschaftshäuser schwebte dreierlei vor: 1. durch Machtspruch des Bundesvorstandes alle Gewerkschaftshäuser zum Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft zu zwingen; 2. durch die Revisionskontrolle, die dann erfolgen könnte, eine korrekte Beitragsleistung durchzusetzen und 3. mit diesen Mitteln die Möglichkeit zu erhalten, einen besoldeten Leiter der Arbeitsgemeinschaft anzustellen.

Den Vertretern des Bundesvorstandes schien diese Zweckbestimmung nicht ausreichend. Aber selbst wenn man sich auf sie beschränkt hätte, so würde doch eine Arbeitsgemeinschaft oder auch ein eingetragener Verein kein geeignetes Instrument darstellen, um sich im Bedarfsfalle die erforderliche Anerkennung verschaffen zu können. Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft war ohne Zweifel schon deshalb eine Notwendigkeit, weil die Gewerkschaftshäuser eine Instanz zur gegenseitigen Beratung brauchten. Aber damit allein ist es nicht getan. Nach Ansicht der Bundesvertreter war es unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen; 2. eine ständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang auszuüben; 3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neuzugründende Unternehmungen, die allein berufene Rechtsstelle sein kann.

Daß die Bundesvertreter gerade auf diese Zweckbestimmung mit solcher Entschiedenheit drangen, war das Ergebnis der Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse, die sie vorgenommen hatten. In den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen herrscht heute ein buntes Durcheinander. Alle Gesellschaftsformen sind vertreten. Angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der G. m. b. H. bis zur offenen Handelsgesellschaft. Die ersten beiden Formen sind nichts anderes als die Garantie für die laut Verzeichnis beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, daß sie die Privateigentümer des Besitzes sind, obwohl in zahllosen Fällen die Gewerkschaften und andere Körperschaften die Anteile bezahlt haben. An einer Reihe von Beispielen bewies der Redner, wie ansehnlich oft der Inhalt der Treuhandverträge sei, wie groß die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten.

Die Ueberführung der Arbeitsgemeinschaft in einen eingetragenen Verein würde noch keine Möglichkeit schaffen, die notwendige Revisionskontrolle auszuüben bzw. sie zu erzwingen. Auf diese Möglichkeit kommt es aber an, weil die Geschäftsführung der Häuser in vielen Fällen aus Mangel an geschultem Personal zu wünschen übrig läßt. Ohne laufende Zwangskontrolle ist auch eine wirksame steuerrechtliche Betreuung nicht möglich. Daher kamen die Bundesvertreter zu dem Schluß, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in einer besonderen Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv überreicht wird.

Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsausschüsse vorgelegt worden und fand

bei der großen Mehrheit entschiedene Zustimmung. Es blieb nur übrig, eine Reihe von organisatorischen Vorfragen zu klären.

Diese Vorarbeiten sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Holdinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 Mk. der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem anzugliedernden Unternehmen der Vermögensstand festgestellt, und als Uebernahmewert nur der Aktivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Es sind außerdem noch einige andere Momente zu berücksichtigen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Als Gegenwert für die Ueberreignung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsausschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals kann entsprechend dem Neueingebachten Besitz jederzeit erfolgen.

Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, die die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

Die neue Holdinggesellschaft wird sich also auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Besitzes beschränken. Für die ausreichende Kontrolle wirkt der Revisionszwang. Die Revisionen werden auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt. Die Revisionskosten werden der wesentlichste Teil der gesamten Verwaltungskosten sein, da die Betreuung der Häuser sonst keinerlei größeren Verwaltungsapparats bedarf. Sie werden aufgebracht durch die Umlage bei den angeschlossenen Häusern. Die Holdinggesellschaft wird die Ueberführung der Gewerkschaftshäuser in ihren Besitz nur in einem sehr langen Zeitraum durchführen können. Sie wird infolgedessen auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaft übernehmen müssen, wofür die Kosten wie bisher durch die Beitragsleistung der angeschlossenen Häuser in Höhe von 1 Proz. ihres Umsatzes aufgebracht werden. An Stelle des jetzigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wird eine Kommission des Aufsichtsrates der Holdinggesellschaft treten.

Die vorjährige Konferenz hat ergeben, daß mindestens bei einer Anzahl von Gewerkschaftshäusern bestimmt damit zu rechnen ist, daß ihre Uebernahme durch die Holdinggesellschaft ohne Schwierigkeit erfolgen wird. Im ganzen wird der Angliederungsprozeß selbstverständlich Jahre dauern. Der Bundesvorstand rechnet bei diesen Bemühungen auf die tatkräftige Unterstützung der Verbandsvorstände. Mit der Gründung der Holdinggesellschaft wäre dann nicht nur ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das zuständig ist für die Kontrolle und Sicherung des Vermögens der Gewerkschaften, sondern auch die Institution, ohne deren Mitwirkung an keinem Orte mehr neue Gewerkschaftshausgründungen erfolgen dürfen.

Der Bundesauschuß stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdinggesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 Mk. aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Darauf gab Graßmann den Geschäftsbericht des Bundesvorstandes. In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Tinz. Der nationalsozialistische Innenminister Frick in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurse bereitgestellt werden. Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Leipart und Spließ eingetreten. — Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Leipart und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Arons. — Streine, der den ADBG. bisher im Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vertrat, ist aus diesem Amt auf seinen Wunsch ausgeschieden, Kollege Sachs ist an seine

Stelle getreten. — Graßmann erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag und besprach die Lage, die dadurch für den Vorläufigen RWR entstanden ist, und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des endgültigen RWR bald wieder in Gang zu bringen. — Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bausparkassen eingesetzten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bausparkassen dringend zu warnen. — An der Unterstützungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Neurode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 5000 Mk. beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiter-Verband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinigung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 Mk. bewilligt. — Die Ueberriedlung des Büros des IGB nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Ueberriedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des IGB wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassen-

bachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschüß des IGB gewählt: Graßmann als ordentliches Mitglied und Aufhäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Bundeschule die erste vom IGB veranstaltete internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das Beisammensein währte eine Woche. Es hat einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen sehr günstigen Eindruck gemacht. — Graßmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD. günstigen Wahlausgang beigetragen haben. — Diese Auffassung Graßmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des IGB. und seiner Ueberriedlung nach Berlin. Nach einem Schlußwort des Kollegen Graßmann wurde die Sitzung geschlossen.

Jahreshauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene

Am 23. und 24. September 1930 fanden in Breslau die Verhandlungen der diesjährigen Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene statt. Der Vorsitzende der Gesellschaft begrüßte die zahlreichen Teilnehmer aus allen Teilen des Deutschen Reiches, aus Oesterreich, dem Saargebiet und aus Danzig, aus der Schweiz, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen, Japan und anderen Ländern. Es waren außerdem vertreten die Sozialministerien und Gesundheitsbehörden des Reichs und der Länder, dazu kamen Vertreter der medizinischen und technischen Wissenschaft, der Arbeitgeberorganisationen, der Gewerkschaften, der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und zahlreiche andere Organisationen, die an den Fragen des gesundheitlichen Arbeitsschutzes interessiert sind. Der Vorsitzende Dr. v. Weinberg entwickelte das Arbeitsprogramm und berichtete über die Tätigkeit der Gesellschaft auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes. Er wies darauf hin, daß es Hauptaufgabe der Gesellschaft sei, Aufklärung zu schaffen über die Berechtigung und Notwendigkeit des Arbeiterschutzes. Er verwies auf die Arbeit der Ausschüsse, die eine Reihe von Fragen bereits durchgeprüft haben und mit der Prüfung anderer wichtiger Fragen zurzeit beschäftigt sind.

Der technische Ausschuß hat u. a. folgende Fragen behandelt: Die Beseitigung der beim Tauch- und Spritzverfahren bestehenden Dämpfe, das Tiefdruckverfahren unter besonderer Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen bei seiner Verwendung, die Zerknalle beim Ueberbrücken von Teerölen mit Preßluft, die Ursachen der Vergiftungen beim Reinigen von Schwefelsäurebehältern und Schwefelsäurekesselwagen, die Unfall- und Gesundheitsgefahren der Kältemaschinen, die Gefahren der Kraftwagentreibstoffe für die Führer und die Allgemeinheit. Weitere Fragen stehen zur Behandlung, so z. B. Schutzmaßnahmen beim Reinigen und Ausbessern von Behältern, in denen Mineralöle, insbesondere Benzin und Benzol, vorhanden waren, Ent- und Belüftung des Normalarbeitsraumes, Kohlenoxydvergiftungen und gesundheitliche Schädigungen in gewerblichen Küchen u. a.

Der ärztliche Ausschuß hat sich u. a. befaßt mit der Durchführung der Verordnung über Berufskrankheiten, die Begutachtung von Berufskrankheiten, der schweren Staublungen-erkrankungen, der gewerblichen Hautkrankheiten und der Infektionskrankheiten des Krankenpflegepersonals, ferner mit der Frage der Entstehung von Lungenerkrankungen bei Chromarbeiten und mit den Erkrankungen durch technische Lösungsmittel.

Der Ausschuß für gesundheitsmäßige Arbeitsgestaltung behandelte die allgemeinen Fragen der Arbeitspsychologie und der Rationalisierung, einschließlich der Fließarbeit sowie Arbeitsrhythmus und Arbeitsrhythmus, Arbeitsplatzgestaltung, Berufskunde und Berufseignung, Arbeit und Ernährung usw.

Ferner wurden Wanderausstellungen arrangiert. Die Gesellschaft beteiligte sich außerdem an der Hygieneausstellung in Dresden und vor allem wurden an verschiedenen Orten und meist nach jeder Jahresversammlung Vortragskurse abgehalten, die sich mit den verschiedensten Aufgabengebieten der Gewerbehygiene befaßten und zu denen Hörer aus allen Kreisen Zutritt haben. Dazu kommt die Herausgabe eines Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

Dorstehendes erfaßt nur ein Teilgebiet aus dem großen Aufgabekreis der Gesellschaft, das zurzeit in 41 Ausschüssen, Kursen und auf Jahresversammlungen behandelt und durchgeführt wird. Daraus ist aber ersichtlich, daß die Gewerkschaften alle Ursache haben, an der Erledigung und Durchführung dieser Aufgaben mitzuwirken. So sind eine Reihe von freien Gewerkschaften, darunter auch unsere Organisation, Mitglied der Gesellschaft, und deren Vertreter sind vielfach in Ausschüssen, die zutreffende Fragen behandeln, als Mitarbeiter tätig. Die freien Gewerkschaften sind auch im Vorstand der Gesellschaft vertreten, um dort die Interessen der organisierten Arbeiter wahrzunehmen. Zur Unterstützung und weiteren Anregung für notwendige Arbeiten besteht beim Vorstand des ADGB. eine gewerbehygienische Abteilung. Auf den Jahresversammlungen der Gesellschaft sind Vertreter der freien Gewerkschaften in genügender Zahl vertreten, um richtunggebend die Arbeiten im Interesse der Arbeitnehmer zu beeinflussen.

Prof. Dr. v. Drngalski, Berlin, eröffnete die Beratungen mit einem Referat über: „Ärztliche hygienische Grundsätze und Gesichtspunkte zur Frage Arbeit und Wohnung“.

Der Referent erörterte die allgemein gesundheitlichen Anforderungen an die Wohnung von dem besonderen Standpunkt aus, den er bisher für den Bau von Krankenhäusern, wie von Wohnungen, insbesondere von Kleinwohnungen, vertreten hat. Es wird die Bedeutung des Lichtreizes, der Luft mit dem Wärme- und Kältereiz, der Funktion als Arbeitsreiz erörtert. Der Referent legt dem unter Wirksamkeit ihrer Möglichkeit für die Aufzucht des jungen Menschen wie für die Erhaltung und Mehrung der Gesundheit der arbeitenden Erwachsenen großen Wert bei. Er betonte die Wichtigkeit des chemisch-wirksamen Lichtes, das in bunt ausgemalten Stuben nicht mehr erhalten bleibt, die Bedeutung der Luft und der Luftreinheit für Kinder wie Erwachsene und die Wichtigkeit genügender „Auslaufs“ für körperliche Betätigung und damit für körperliche Entwicklung. Die ausgezeichnete Wirksamkeit der Freiluftgewohnheiten zur Verhütung der unspezifischen Infektion werden besonders hervorgehoben, die Bedeutung der gewöhnlichen Angina, die bisher bei Gesunden und Kranken zweifellos unterschätzt wurde, unterstrichen und klargestellt. Der Architekt und Wohnungsbauer muß weit mehr als bisher von den biologischen Auffassungen durchdrungen sein. Eine erfreuliche Entwicklung in dieser Beziehung wird anerkannt. — Außer diesen ausführlich erörterten Grundsätzen wird die Bedeutung der Lage der Wohnung zur Arbeitsstätte und der Arbeitswege, ferner die Frage der Wohnungen für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder gesundheitlich Geschädigte und endlich die Frage der Heimarbeit kurz erörtert.

Dem Standpunkt des Baufachmanns berichtet Ministerialrat Hermann, Berlin, vom Preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt über: „Das Problem Arbeit und Wohnung unter hausfachlichem Gesichtspunkt, insbesondere vom Standpunkt der Stadtplanung und des Städtebaues“. Er führt aus:

Voraussetzung für gesunde Wohnlagen sind: einwandfreie Höhenlage, Staub- und Ausfrierfreiheit, genügende Durchlüftung, günstige örtliche Wasser-Verhältnisse, ausreichende Grün- und Erholungsflächen, gute Verkehrsverbindungen in den Arbeitsstätten. Die Pendelwanderungen der Arbeitsmassen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die in manchen Industriegebieten täglich bis zu 4 Wegstunden und mehr in Anspruch nehmen, bedürfen durch geeignete Wohnungsfürsorge dringend der Abhilfe. — Am Flachbau, worunter auch Wohnformen bis zum dreigeschossigen Stagenmischbau zu verstehen sind, ist grundsätzlich festzuhalten. Auflockerung der Großstädte ist unbedingte Forderung. Der Garten, namentlich der Hausgarten, ermöglicht Bewegung und Betätigung in freier Luft und gibt da-

durch dem Körper die erforderliche Erholung von der Berufsarbeit. — Die Hälfte bis zwei Drittel seines Lebens bringt der Mensch in geschlossenen Räumen zu. Daher ist für sämtliche Wohnräume ausreichende Belüftung, Belichtung und Sauberhaltung unerlässlich. Die Funktionen des Wohnens, Essen, Schlafen und Waschen müssen im Grundriß klar zum Ausdruck kommen. Praktische Grundrißgestaltung erleichtert die Haushaltungsführung. Stille Gründe verlangen getrennte Schlafräume für Eltern, Knaben und Mädchen. Die Küche ist zum Schlafen ungeeignet. Die Frage der Wohnküche ist unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten zu beantworten, jedenfalls sollte jede Wohnküche eine Koch- und Spülküche mit Dunstabzug erhalten.

Als letzter behandelte Oberingenieur Richter, Nürnberg, das Thema: „Die Frage Arbeit und Wohnung in ihrer Bedeutung für Betriebsführung und Betriebsgestaltung“ wie folgt:

Mit der Entwicklung des gewerblichen Lebens fallen Wohnung und Arbeitsort immer weniger örtlich zusammen. Dadurch ergab die Frage: „Wo und wie wohnt der Arbeitnehmer?“ für den Betrieb neue Aufgaben. Die Beschaffung ausreichender und geeigneter Arbeitskräfte hängt stark von den Wechselbeziehungen zwischen dem Standort der Industrie und den Wohnungsverhältnissen derjenigen Kreise ab, aus denen sich in der Hauptsache die gewerblichen Arbeiter rekrutieren. Rohstoffgebundenheit bewirkt oft erhebliche Schwierigkeiten. Das Entwicklungstempo mancher Industriezweige und Rationalisierungsmassnahmen in Verbindung mit Betriebsverlegungen finden Hindernisse im Trägheitsmoment des Wohnens, besonders durch die Wohnungsnot der Nachkriegszeit. Bei der Festlegung von Beginn und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit, bei der Bemessung und Verteilung der Arbeitspausen spielen gewerkschaftliche Rücksichten auf Wohnung und Anmarschwege der Arbeitnehmer eine Rolle. Im engen Zusammenhang damit steht die Einnahme von Maßregeln durch die Belegschaft im Betrieb. Je nach Lage der Dinge ergibt sich die Notwendigkeit zur Errichtung umfangreicher Speiseräume, Bereitstellung von Einrichtungen zum Wärmen mitgebrachter Speisen oder Betrieb von Fabrikantinen oder -küchen. Mangelnder Wohnraum am Betriebsort erzeugt häufig Pendelwanderung, deren oft recht nachteilige Folgen auf gesundheitlichem Gebiet und Situation der Belegschaft und ihren Wohnverhältnissen bestehenden Zusammenhänge sich auf die Produktion auswirken. Ueberlange Anmarschzeiten und schlechte Verkehrsverhältnisse zwingen zu entsprechenden Betriebsmaßnahmen, die durch gewerkschaftliche Erwägungen beeinflusst werden. Die Wohnstätte des Arbeitnehmers in optimale räumliche Verbindung mit dem Betrieb zu bringen bildet neben kulturellen Problemen einen Hauptgrund zur Erstellung von geeigneten Kleinwohnungen für Arbeitnehmer. Produktionspolitische und patriarchalische Ueberlegungen versuchten die Lösung dieser Fragen zunächst durch Bau werkseigener Wohnungen. Die enge Verbundenheit des Mietvertrages bei Werkswohnungen mit dem Arbeitsvertrag brachte sie in Miskredit. Dieser Umstand und der Kapitalmangel der Unternehmungen in der Nachkriegszeit ließ die Bedeutung des Werkwohnungsbaues absinken. Die organisierte Selbsthilfe der Arbeitnehmer in der Beschaffung von guten Wohnungen, die schon in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einsetzte, übernahm nach dem Kriege die Führung im Kleinwohnungsbau in der Form von Baugenossenschaften. Wo die Beschaffung entsprechender Wohnungen nicht zu ermöglichen war, versuchte man die Nachteile großer Anmarschwege zu verringern. Bessere Gestaltung der Verkehrsverhältnisse, Bau eigener Eisenbahnlinien, Betrieb besonderer Autobuslinien sollen die Zeit verringern, die der Arbeitnehmer auf den Weg von seiner Wohnung zum Betrieb verwendet, und die Beförderung außerdem angenehmer gestalten. Auch die erleichterte Beschaffung von Fahrkräften durch die Firmen gehört hierher. So wurde nachgewiesen, daß trotz des Auseinanderfallens von Wohnung und Arbeitsort sich wichtige Gesichtspunkte ergeben, die in der Betriebsführung und Betriebsgestaltung ihren Einfluß geltend machen.

An die Hauptreferate schloß sich eine eingehende und lebhafte **Ausprache**, in der besonders hervorgehoben wurde, daß diese Fragen nicht nur in der Theorie behandelt werden mögen, sondern dafür gesorgt werden müsse, daß sie auch in die Praxis umgesetzt werden. Dabei sind natürlich Verteuerung der Baustoffe, hohe Mieten, Arbeitslosigkeit und Lohnabbau als Hindernisse zu betrachten. Es muß auch darauf geachtet werden, daß Werkswohnungen nicht mit dem Arbeitsvertrage verkoppelt werden. Nur wenn auf allen diesen Gebieten Besserung geschaffen würde, könnten die Pläne zur Besserung des Wohnwesens für die arbeitende Bevölkerung zur Durchführung gelangen.

Ueber: „Hygiene im Büro und in kaufmännischen Betrieben“ sprachen dann Gewerbemedizinalrat Dr. Holstein, Frankfurt a. d. O., und Ministerialrat Dr.-Ing. Kremer.

Es folgten dann kurze Berichte über neuere wichtige Beobachtungen und Originalarbeiten auf dem Gebiete der Gewerkschaftshygiene. Hierbei wurden u. a. folgende Fragen behandelt:

Untersuchung über die körperliche und seelische Beschaffenheit wiederholt verunfallter Industriearbeiter; Schädigungen von Arbeitern nach Vornahme von Anstricharbeiten durch ein Lösungsmittel; Statistik über die gewerblichen Hauterkrankungen in den graphischen Berufen; Vorrichtungen zur Entgasung von Kanälen; Kohlenoxydvergiftungen bei der Benutzung von Glühkessel-Heizapparaten; Die Benzolvergiftungen in Wiener Neustadt; Ueber die Absorption von kolloidalen Metallionen durch die

Atmung; Gesundheitschädigungen in einem Betriebe der Wolfram- und Molybdänherstellung und -verarbeitung und ihre Beseitigung durch wesentliche Aenderung im Verfahren; Fehler bei der Konstruktion von Arbeitsflächen und der Gestaltung von Arbeitsplätzen.

An die Jahreshauptversammlungen der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene schlossen sich eine ärztliche Jahrestagung mit dem Hauptvortragsthema: „Die Begutachtung von Berufskrankheiten“ und ein allgemein gewerkschaftlicher Vortragskursus für das schlesische Industriegebiet an.

E. R.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

In dem Metallkonflikt Berlin, der um die Forderung der Berliner Metallindustriellen auf 15 Proz. Lohnabbau geht, wurden die Schlichtungsverhandlungen bis spätestens zum 9. Oktober vertagt. Ausnahmeweise wurde nicht der Berliner Schlichter, der frühere Reichsarbeitsminister Wisfoll, sondern Dr. Böllers vom Bremer Senat bestellt.

Das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung Brüning wurde am 30. September der Öffentlichkeit übergeben (s. Sp. 875).

Eine nationalsozialistische Regierung wurde in Braunschweig am 1. Oktober unter Mithilfe des staatsparteilichen Abgeordneten gebildet.

In dem Falle des Berliner Oberbürgermeisters Böß hat der 9. Senat des Oberverwaltungsgerichts ein Urteil gefällt, das eine Geldbuße von 3000 Mk. vorsieht. Das Urteil des Berliner Bezirksausschusses auf Dienstentlassung und gleichzeitige Pensionstürzung ist damit hinfällig geworden. Böß hat zum 1. November seine Veretzung in den Ruhestand beantragt, so daß der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters nach dem 1. November nichts mehr im Wege steht.

Das Urteil im Leipziger Offiziers-Hochverrats-Prozess wurde am 4. Oktober gefällt. Der Antrag des Staatsanwalts auf 2½ Jahre Festung wurde fallengelassen. Gegen die 3 Offiziere wurde auf je 1 Jahr und 6 Monate Festung erkannt. Gegen die Leutnants Scheringer und Luden außerdem auf Dienstentlassung.

In Oesterreich wurde eine Regierung Seipel-Baugoin gebildet. Zum Innenminister wurde der Heimwehrführer Fürst Stahremberg ernannt.

In Finnland hat die Regierung die Auflösung der kommunistischen Partei und der unter kommunistischem Einfluß stehenden Gewerkschaften angeordnet.

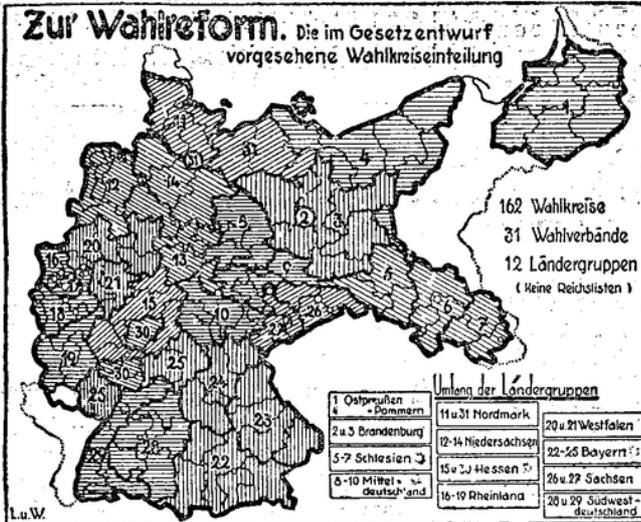
Das englische Luftschiff R 101, das zurzeit größte, ist auf der Fahrt nach Judien 150 Kilometer von Paris am 5. Oktober explodiert und vollständig verbrannt. Unter den 48 Toten befindet sich auch der englische Luftfahrminister Thomson.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politik und Reichswehr. Der jetzt abgeschlossene Leipziger Hochverratsprozess, in dem drei Ulmer Reichswehroffiziere unter Anklage standen, zeigt so recht das Fiasko der Entpolitisierung der Reichswehr und den Geisteszustand, der in den jüngeren Offizierskreisen herrscht. Die „unpolitische“ Reichswehr ist in Wirklichkeit auf dem besten Wege ein politisches Instrument der äußersten Reaktion zu werden. Es ist zwar anzuerkennen, daß die älteren Offiziere sich mit der Weimarer Verfassung abgefunden zu haben scheinen, auf den Offiziersnachwuchs aber hat die durch das Reichswehrministerium nach dem Kapp-Putsch propagierte Entpolitisierung der Reichswehr eine verheerende Wirkung ausgeübt. Wenn wir auch nicht behaupten wollen, daß der staatsbürgerliche Unterricht in der Reichswehroffizierschule in Dresden reaktionär ist, so ist er doch zum mindesten so oberflächlich wie nur möglich. Die Stellungnahme der Offiziere gegenüber den republikanischen Parteien und der Sozialdemokratie zeugt von einer erschreckenden politischen Unwissenheit dieser jungen Menschen. Für sie sind die schwarzweißrote Fahne und der „National“-Sozialismus ein erstrebenswertes Ziel, das sie ohne Rücksicht auf die nationalen Interessen und die gegebenen Verhältnisse zu verfolgen scheinen. Dieser Prozess zeigt, daß die Politik der Entpolitisierung der Reichswehr das Gegenteil dessen erreicht hat, was eigentlich bezweckt wurde. Damit erwächst der Reichswehrführung für die Zukunft die Aufgabe, den staatsbürgerlichen Unterricht des Offiziersnachwuchses so zu erteilen und zu fördern, daß die Reichswehr wirklich im Geiste der Republik erzogen wird, die auch die nicht knappen Mittel zum Unterhalt dieses Organs aufbringt. Ob man allerdings den Willen dazu hat, ist eine andere Frage.

Die Wahlkreiseinteilung im Entwurf eines Reichswahlgesetzes. Der Reichsinnenminister Dr. Wirth legte dem Reichskabinett einen Entwurf zu einem neuen Reichswahlgesetz vor, der vom Kabinett auch angenommen wurde und also den neuen Reichstag beschäftigen wird. Während bisher nur 35 Wahlkreise in Deutschland bestanden, sollen in Zukunft in 162 Wahlkreisen eigene Listen aufgestellt werden. Fünf bis sechs Wahlkreise bilden dann zusammen einen Wahlkreisverband, zwei bis drei Wahl-

verbände bilden Ländergruppen. Auf unserem Schaubilde sind die dünnen Grenzen die der Wahlkreise, die stärkeren Grenzen zeigen die Verbände, die Ziffern die Nummer des Verbandes und die gleichmäßige Schraffur zeigt die Ländergruppen, die im allgemeinen mit den früheren Landesgrenzen zusammenfallen. Sonst ändert der Wahlgesetzentwurf nicht viel, lediglich, daß zur Wahl



eines Abgeordneten statt 60 000 Stimmen, wie bisher, 70 000 Stimmen notwendig sein sollen. Die Zahl der Abgeordneten wird sich dadurch wesentlich verringern, vor allem auch durch das Wegfallen der Reichsliste, da es den Splitterparteien ja sehr erschwert sein wird, in diesen kleinen Kreisen die Mindestzahl von Stimmen (70 000) aufzubringen und auch im neuen Wahlgesetz die Bestimmung noch gilt, daß, wer in einem Wahlkreis nicht die Mindestzahl von Stimmen, die zur Wahl eines Abgeordneten notwendig sind, zusammenbringt, auch auf der Landesliste bzw. Reichsliste im alten Wahlgesetz keinen Sitz erhalten kann.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Wie hoch sind die Renten in Deutschland? Insgesamt werden in Deutschland an über 12 Millionen Parteien Renten ausbezahlt, wobei natürlich Doppelzahlungen nicht ausgeschaltet werden können, da viele Parteien an zwei oder drei verschiedenen Stellen Renten erhalten.



allen staatlichen Versicherungen dadurch errechneten, daß wir die Gesamtsumme der Auszahlungen durch die Gesamtzahl der Renten dividieren. Ein Kriegsbeschädigter, der 30prozentig beschädigt ist und also mindestens den Verlust eines wichtigen Gliedes seines Körpers nachweisen muß, erhält in der niedrigsten Orts- und Berufsklasse 15,40 Mk. monatlich, in Berlin 30,45 Mk. Wie hoch die Sätze bei 90prozentiger Beschädigung sind, zeigt das Schau-

bild. Die Arbeitslosen schließlich erhalten in der niedrigsten Lohnklasse der Versicherung 6 Mk. pro Woche und 40 Pf. Familienzuschlag. In mittleren Lohnklassen wird nur 11 bis 16 Mk. und 1,35 bis 2,25 Mk. Familienzuschlag wöchentlich bezahlt. Dabei sind über 70 Proz. der Unterstützten in diesen mittleren Lohnklassen. Insgesamt sieht man aus diesem Schaubild, daß der größte Teil dieser Rentenempfänger in großem Elend zu leben gezwungen sind, daß diese Unterstützten sicherlich nicht zuviel, sondern eher zuwenig Hilfe zur unverschuldeten Not erhalten.

RUNDSCHAU

Der Dividendensegen in der Industrie. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über die Abschlässe deutscher Aktiengesellschaften weisen die Bilanzen durchaus günstige Ziffern auf. Die 1469 Aktiengesellschaften, die von der Erhebung erfaßt wurden, verteilten im Jahre 1929 eine Durchschnittsdividende von 7,49 Proz. Im Jahre 1928 betrug die Durchschnittsdividende 7,52 Proz. Die Verringerung beträgt also nur 0,03 Proz. Die Zahl der Gesellschaften, die keine Dividende ausschütteten, ist gestiegen von 16,2 auf 16,9 Proz. Jedoch ist die zur Auszahlung gelangte Dividendensumme bedeutend gestiegen, und zwar von 754 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 766 Millionen Mark im Jahre 1929. Die höchste Durchschnittsdividende verteilte bemerkenswerterweise die Musikinstrumentenindustrie, nämlich 17,61 Proz., die niedrigste die Eisengewinnung, nämlich 1,10 Proz. Das Nominalkapital der Aktiengesellschaften bezifferte sich auf 11,3 Milliarden Mark gegen 11,1 Milliarden im Jahre 1928. Die Anlagevermögen betragen 9,1 Milliarden gegen 8,6 Milliarden, die flüssigen Mittel 31,4 gegen 29,5 Milliarden im Vorjahre. Die Schuldenlast ist gestiegen von 30,6 auf 32,7 Milliarden Mark. Offene Reserven waren vorhanden 1929 rund 2 Milliarden Mark gegen 1,8 Milliarden 1928. Nach diesen Ziffern sind die Klagen der Unternehmer, daß 1929 das Geschäft so schlecht gewesen sein soll, nicht berechtigt.

Die Kosten der Arbeitsdienstpflcht! Ein Führer der Wirtschaftspartei hat eine Berechnung über die Kosten der Arbeitsdienstpflcht aufgestellt, die sicherlich ungewollt schlagend beweist, daß die Arbeitsdienstpflcht dem deutschen Volke teurer zu stehen kommt, als die Erwerbslosenfürsorge. Er berechnet, daß der Arbeitsdienstpflchtige mit 60 Mk. im Monat erhalten werden kann. Dazu kommen die Ausgaben für das Führerpersonal usw., die so ausfallen. Rechnet man auf je 100 Dienstleistende drei beamtete Unterführer zu einem Durchschnittssatz von 3500 Mk. im Jahr, so kosten die 13 500 Unterführer rund 47,5 Mill. Mk. jährlich. Wenn man hierauf zahlenmäßig noch 25 Proz. Führerpersonal für die mittleren und oberen Verwaltungsstellen, das sind 3375 Köpfe, einrechnet, für die mit einem Durchschnittsgehalt von 5000 Mk. gerechnet werden soll, so betragen die Gehaltskosten für das Gesamtführer- und -verwaltungspersonal rund 64 Mill. Mk. im Jahr. Wenn man weiter für die allgemeinen Geschäftsbedürfnisse 8 Mill. Mk. jährlich einsetzt und für Wohlfahrtspflege an Stelle der Krankenkassenbeiträge 3 Mk. pro Kopf und Monat, so wird man die allgemeinen Geschäftsbedürfnisse und die Wohlfahrtspflege mit rund 25 Mill. Mk. decken können. Angenommen, daß die Armee der Arbeitsdienstpflchtigen rund 450 000 Personen beträgt, dann ergibt die Berechnung einen Jahresaufwand von insgesamt 413 Millionen Mark. Bleibt die wichtige Frage der zur Unterbringung notwendigen Gebäude und deren Bewirtschaftungskosten. Der Reichstagsabgeordnete Sachsenberg, Direktor der Junkerswerke, der diese Berechnung aufstellt, nimmt für die Gesamtbewirtschaftung rund 18 Millionen Mark pro Jahr an. Schweigen wir über die Herstellungskosten der Gebäude. Insgesamt kostet die Unterhaltung, Verpflegung usw. 431 Millionen Mark pro Jahr bei 450 000 Mann. Was kosten nun 450 000 arbeitslose Unterstüzungsempfänger? Nach Angaben des Reichsarbeitsministeriums kostet ein Arbeitsloser im Monat 70 Mk. Unterhaltungsgeld, 6 Mk. Krankenkassenbeiträge und 10 Mk. Verwaltungskosten. Zusammen kosten 450 000 arbeitslose Hauptunterstüzungsempfänger rund 464 Millionen Mark jährlich, also nur 33 Millionen Mark mehr als die gleiche Zahl Arbeitsdienstpflchtiger. Dies setzt aber voraus, daß die Berechnung Sachsenbergs stimmt, daß die Unterhaltung der Arbeitsdienstpflchtigen sich nicht erheblich teurer stellt, zumal Sachsenberg nur einen Verpflegungssatz von 1,60 Mk. pro Mann und Tag berechnet. Die alte Armee verausgabte 1,10 Mk. für Verpflegung pro Kopf und Tag. Aber was Sachsenberg nicht berechnet, und was doch sehr wichtig ist: Don der Arbeitslosenunterstützung lebt in vielen Fällen eine ganze Familie; Frau, Mann und Kinder. Für diese will man das Geld nicht bewilligen, aber für die militärische Spielerei soll es da sein. Wenn man Reichstagsabgeordneter ist, muß man natürlich auch Politik treiben. So soll denn eine besondere Gruppe Arbeitsdienstpflchtiger „mit Rücksicht auf die großen nationalpolitischen Aufgaben“ an den deutschen Ostgrenzen untergebracht werden. Das ist offenbar der ganze Zweck, für den die Arbeitsdienstpflcht herbeigeführt werden soll.